

# Deutscher Bauernbund

christlich – konservativ – heimatverbunden

## RUNDBRIEF Dezember 2016

**Wir wünschen  
Ihnen und Ihren  
Familien gesegnete  
Weihnachtstage  
und ein gesundes  
neues Jahr 2017!**



©www.ClipProject.info

<b>03</b>	<b><i>Auf ein Wort zum Jahreswechsel</i></b>
<b>05</b>	<b><i>Aus der Verbandsarbeit</i></b>
05	Prämienrechte-Grundstückverkehrsgesetz und Fachrechtskontrollen – Verbandsgespräche im November
06	BLG-Fachgespräch „Neue Ziele für die Agrarstruktur“
07	Agrarforum der Landjugend
08	Stellungnahme zur Tagung „25 Jahre Agrargenossenschaften“
10	Bauernbund begrüßt Steuervorteile für Familienbetriebe
11	20. Landesernteball des BBSA
<b>14</b>	<b><i>Sachthemen – fachliche Informationen</i></b>
14	Erfassung und Auswertung der Verkehrsströme auf repräsentativen landwirtschaftlichen Wegen
15	Pachtzinserhöhungen der BVVG prüfen
16	Existenz der Bodenbücher in jurist. Personen- Auswirkungen bis heute
17	Informationen zur Sozialwahl im Mai 2017
18	Leitungs- und Erdbauarbeiten
<b>20</b>	<b><i>Service und Termine</i></b>
20	Der Schwindel um Nitrat im Grundwasser – Diskussion um Gülle
22	25 Jahre Medienanstalt Sachsen-Anhalt
23	Hohe Auszeichnungen für Verbandsfreunde
24	Klimawandel: Ist der Mensch tatsächlich verantwortlich? in souverän 1/2016
27	„Bestes Land in Bauernhand“ - Interview in aspekt 10/2016
29	Information der SVLFG zum Unfallgeschehen November 2016

**Deutscher Bauernbund**

Präsident: Kurt-Henning Klamroth, Thale OT Westerhausen  
Geschäftsstelle: Annekatriin Valverde, Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg  
Telefon (03946) 70 89 06, Telefax (03946) 70 89 07  
bauernbund@t-online.de, www.bauernbund.de

**Bauernbund Brandenburg**

Präsident: Karsten Jennerjahn, Schrepkow, Telefon (0177) 2867082  
Geschäftsstelle: Reinhard Jung, Dorfstraße 20, 19336 Lennowitz  
Telefon (038791) 80200, Telefax (038791) 80201  
textjung@gmx.de, www.bauernbund-brandenburg.de

**Bauernbund Sachsen-Anhalt**

Präsident: Kurt-Henning Klamroth, Thale OT Westerhausen  
Geschäftsstelle: Anke Werny, Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg  
Telefon (03946) 708906, Telefax (03946) 708907  
bauernbund@t-online.de  
Bereich Anhalt / Süd: Horst Sanftenberg, Ringstraße 7, 39279 Rosian-Isterbies  
Telefon: (039245) 68963, Telefax (039245) 68964  
Bereich Harz / Börde: Jeannette Bruchmüller, Siedlung 8; 39317 Elbe-Parey  
Altmark Telefon/Telefax (039349) 94 44 74  
j.bruchmueller@t-online.de

**Bauernbund Sachsen**

Präsident: Bernd Roder, Härtensdorf, Telefon (037603) 2618  
Geschäftsstelle: Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg  
Telefon (03946) 708906, Telefax (03946) 708907  
DBB-Sachsen@t-online.de

**Bauernbund Thüringen**

Präsident: Eckart Weirich, Zottelstedt, Telefon (03644) 559010  
Geschäftsstelle:

**Impressum**

Herausgeber: Deutscher Bauernbund e. V., Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg / Redaktion:  
Deutscher Bauernbund e. V.. Für die Landesteile zeichnen sich die Landesverbände verantwortlich.  
Trotz sorgfältiger Recherche kann für den Inhalt keine Haftung übernommen werden.

## Auf ein Wort

von *Annekatrin Valverde*

### Zum Jahreswechsel 2016/17

Wieder neigt sich ein Jahr dem Ende und wieder kommt die Zeit, wo man neben hoffentlich besinnlichen Stunden im Kreise seiner Lieben auch rückblickt und den vergangenen Zeitraum für sich persönlich, aber natürlich auch beruflich analysiert.

Mit Jahresrückblicken aller Art über die Geschehnisse in der großen Welt werden wir ja wohl demnächst im Fernsehen wieder reichlich überschüttet. Und jeder von uns wertet auf seine Art die Dinge, die so über ein Jahr in unserem Umfeld passieren.

Sie als Betriebsleiter nutzen wahrscheinlich auch die Zeit, Ihren Schreibtisch aufzuräumen, allen liegengebliebenen „Papierkram“ (der ja auch in diesem Jahr auf keinen Fall weniger geworden ist) abzarbeiten, Ihre Schlagkartei auszuwerten, vielleicht Ihre Verpächter zu besuchen und vor allem Ihren Cash – Flow II anzuschauen um zu sehen, was wirklich unter dem Strich bzw. „unter dem Weihnachtsbaum“ geblieben ist und wie es demzufolge im nächsten Jahr weiter geht. Und ausreichend Lektüre haben Sie ja von uns auch mit unserem Sonderrundbrief zu den CC- und Fachrechtskontrollen erhalten.

In fast allen „Editorials“ vergangener Rundbriefe zum Jahresende konnte ich lesen: *„...Das nächste Jahr kann nur besser werden als das scheidende Jahr...“*

Ist in 2016 tatsächlich alles besser geworden? Diese Frage kann man wohl leider nicht mit „ja“ beantworten. Turbulenzen in den Witterungsverläufen, ernste bedingte wirtschaftliche Probleme einhergehend mit teilweise ruinösen Erzeugerpreisen, besonders im Bereich der Milch, lassen 2016 wohl auch nicht zu einem glorreichen Wirtschaftsjahr werden.



Über 70 Betriebe haben allein in Sachsen-Anhalt die Milchproduktion eingestellt und es ist mit Sicherheit die eine oder andere Träne bei den Betroffenen geflossen, als die letzte Kuh den Stall verlassen hat. Selbst mich als Außenstehende haben solche Bilder sehr berührt, gerade, wenn Familien davon betroffen waren.

Der Bauernbund hat kontinuierlich während des ganzen Jahres schnelle Liquiditätshilfen für die Bauern gefordert. Die zahlreichen Hilfspakete der EU und der Bundesregierung waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein und bringen, wenn sie nicht europaeinheitlich durchgesetzt werden, rein gar nichts. Man fragt sich schon, welchen Sinn noch ein Mengenreduzierungsprogramm mit freiwilliger Teilnahme hat, und noch dazu, wenn die Milchproduktion in andere Länder verlagert wird?

Auch in anderen Bereichen hat sich nichts spürbar gebessert: Auf dem Bodenmarkt kann man meines Erachtens nicht von einer Entspannung sprechen. (Am Ende des Rundbriefes finden Sie ein Interview von mir zum Thema „Bestes Land in Bauernhand, welches im Oktober im Wirtschaftsmagazin „aspekt“ veröffentlicht war.)

Seit Anfang des Jahres läuft die Anzeige der Grundstückkaufverträge, bei denen wir als Berufsverband gehört werden, über unsere Geschäftsstelle und dadurch haben wir einen hervorragenden Eindruck, was sich so alles in diesem Markt abspielt. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, das Grundstückverkehrsgesetz zu umgehen und wir hoffen, dass sich unsere neue Landesregierung (die nun schon gar nicht mehr so neu ist) zum Jahresbeginn des Themas annehmen wird.

Entsprechende Vorgespräche seitens des Bauernbundes auf Landes- und Bundesebene sind bereits erfolgt.

Ich möchte an dieser Stelle keinen Rundumschlag durch alle agrarpolitisch relevanten Themen des Jahres 2016 machen. Das erfolgt dann ausführlich auf unserer Mitgliederversammlung in Form des Rechenschaftsberichtes im nächsten Jahr bzw. hatte Präsident Klamroth im letzten Rundbrief zu den wesentlichen Punkten ausgeführt.

Außerdem hat es sich bewährt, dass wir unsere Mitglieder regelmäßig auf dem e-mail Weg über alle aktuellen Themen informieren und das werden wir auch im nächsten Jahr so beibehalten.

Viele 25-jährige Jubiläen wurden in diesem Jahr in den neuen Ländern gefeiert (Auf zwei davon werden wir auch in diesem Rundbrief eingehen.)

Auch die Landesverbände des DBB können bereits auf diesen Zeitraum seit ihrer Gründung zurückblicken. Während der gesamten Zeit hat uns ein gemeinsames Ziel, und zwar die Stärkung des bäuerlichen Berufsstandes in den neuen Ländern vereint und eine starke Interessenvertretung garantiert.

Umso bedauerlicher und unbegreiflich ist es für mich, mit welchen innerverbandlichen Spannungen wir uns neben unserer politischen und sachbezogenen Verbandsarbeit in diesem Jahr befassen mussten.

Am 19.04.2016 hat der Bauernbund Brandenburg seine Mitgliedschaft im Deutschen Bauernbundwegen inhaltlicher Differenzen gekündigt. Sowohl dem Präsidenten als auch der Geschäftsführung des DBB sind nach unseren Erfahrungen der Zusammenarbeit während

der letzten Jahre keine solchen Differenzen bewusst.

In Gesprächen mit dem Brandenburger Vorstand hat Präsident Klamroth versucht, die Problematik zu klären, was aber nicht von Erfolg gekrönt war.

Somit ist der Bauernbund Brandenburg ab 01.01.2017 nicht mehr Mitglied im DBB. Es besteht allerdings die Möglichkeit über einen Neuantrag ab 2017.

Nach Anfrage vieler Brandenburger Mitglieder ist auch eine Einzelmitgliedschaft im DBB möglich.

Natürlich ist es aber besser, wenn die Interessen gebündelt in einem Verband vertreten werden.

Ich hoffe und wünsche mir, dass wir uns im nächsten Jahr wieder mehr auf unsere eigentliche Arbeit im Verband konzentriert können. Sie können mir glauben, dass die Angriffe und Intrigen der letzten Monate nicht nur den Präsidenten zusätzlich gefordert haben, sondern auch Frau Werny und mich emotional sehr belastet und uns an unserer eigentlichen Arbeit behindert haben.

Umso mehr freuen wir uns nun auf die Weihnachtstage und ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2017.

*(Und nicht vergessen:*

*Im nächsten Jahr begehen wir das große Jubiläum im Gedenken an*

*„500 Jahre Reformation“.*

*Sachsen-Anhalt wurde schon vom*

*„Land der Frühaufsteher“ zum*

*„Ursprungsland der Reformation“(!)*

Mit den besten Wünschen



Annekatriin Valverde

## *Aus der Verbandsarbeit*

### **Prämienrechte, Grundstückverkehrsgesetz/Agrarstrukturgesetz – CC- und Fachrechtskontrollen**

#### **Verbandsgespräche im November auf Bundes- und Landesebene**

##### **Verbandsanhörung am 22.11.2017 im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie**

Am 22.11.2016 fand im Ministerium ein Verbandsgespräch mit Staatssekretär Weber und den Abteilungsleitern Schulz und Wallbaum statt.

Hauptthema war der Stand der Änderungen des EPLR, zu denen die EU-Kommission jetzt ihr o.k. gegeben hat. Die Änderungen beinhalten die Erhöhung der Ökoprämie und die sog. Umsteigerprämie sowie das Existenzgründerprogramm für Junglandwirte, zu dem wir in der Vergangenheit schon informierten. In diesem Zusammenhang stehen die Vorstellungen zur Bereitstellung von Flächen zur Verpachtung durch die Landgesellschaft, die Dr. Boß erläuterte.

Präsident Klamroth wies hierzu auch nochmals nachdrücklich auf die dafür ebenso notwendige Zuteilung von Prämienrechten für Junglandwirte hin (siehe Rundbrief 2/2016), was auf Bundesebene diskutiert werden muss.

Gesprächsthemen waren außerdem die Ergebnisse des Gespräches mit Beratungsunternehmen (wo wir noch einmal mit Nachdruck die zur Verfügungstellung einer aktuellen Beraterliste forderten) und die vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit zum ökologischen Landbau.



##### **Gespräch zwischen Präsident Klamroth und Staatssekretär Dr. Aeikens am 24.11.2016 im BMEL in Berlin**

Am 24.11.2016 fand ein erstes Gespräch zwischen Präsident Klamroth und Dr. Hermann-Onko Aeikens in seiner neuen Funktion als Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium in Berlin statt.

Wie bereits auf Landesebene hat Präsident Klamroth auch dem Staatssekretär auf die Problematik der Zuteilung von Prämienrechten hingewiesen, da die landwirtschaftlichen Flächen grundsätzlich den Bewirtschafter **ohne** die Weitergabe der Prämien wechseln.

Nach unserer Kenntnis ist die Höhe der momentan im freien Handel weitergegebenen Prämien in keiner Weise wirtschaftlich zu rechtfertigen und Ausdruck dafür, dass die Betriebe bereits jetzt Vorbereitungen für die neue Förderperiode treffen wollen. Gerade Existenzgründern und Junglandwirten sind mind. für die ersten 5 Jahre ihres Wirtschaftens Prämienrechte aus der Landesreserve zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretär Dr. Aeikens hat die Prüfung des Themas in seinem Hause zugesichert.

Zweites Thema des Gespräches war die Wiederaufnahme der damals von Dr. Aeikens in Sachsen-Anhalt eingebrachten Initiative zur Schaffung eines Agrarstrukturgesetzes, um Verwerfungen auf dem Bodenmarkt entgegenzuwirken. Die zur Zeit laufenden Leitbilddiskussionen in den neuen Ländern haben den faden Beigeschmack, dass zunächst um Zeit gepokert wird.

Präsident Klamroth und Staatssekretär Dr. Aeikens waren sich einig, dass vorrangig die sog. Share Deals mit in das Grundstücksverkehrsgesetz zu integrieren sind und das Agrarstrukturgesetz anschließend separat auf den Weg zu bringen ist.

Auf jeden Fall wird die gesamte Thematik ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt auf der Amtschefkonferenz im Rahmen der IGW 2017 und in der Ausschussanhörung im Landtag von Sachsen-Anhalt sein.

Desweiteren hat Präsident Klamroth ein Schreiben übergeben, in dem der Bauernbund eine Änderung des Prüfalgorithmus bei CC- und Fachrechtskontrollen fordert.

Das bisherige Verfahren zur Sanktionierung von Verstößen bei CC- und Fachrechtskon-

trollen ist praxisfremd und provoziert durch die verwendeten statistischen Grundlagen zwangsläufig eine völlig falsche Wiedergabe der Realitäten.

Welchen Umfang der gesamte Bürokratismus mittlerweile erreicht hat, dokumentiert sich am plastischsten im Sonderrundbrief des Deutschen Bauernbundes aus Oktober 2016.

Wenn in z.B. Sachsen-Anhalt ca. 50 % der überprüften Betriebe auffällig werden, dann ist davon auszugehen, dass das Verfahren praxisuntauglich ist und die Kriterien schlicht und einfach nicht eingehalten werden können.

Es wurde vorgeschlagen, dass in die gesamte Problematik mehr wissenschaftliche Untersuchungen einziehen müssen, d.h. statistische Auswertungen im abgeschlossenen Mehrjahresvergleich (Wirtschaftsjahr oder Kalenderjahr) erfolgen oder innerhalb eines wissenschaftlichen Projektes wie z.B. das „TIRAMISA“ der Hochschule Anhalt.

Wir werden mit den Themen Prämienrechte und Fachrechtskontrollen im nächsten Jahr auch die EU-Kommission und die Abgeordneten sensibilisieren.

## BLG-Fachgespräch „Neue Ziele für die Agrarstruktur?“

Am 01.12.2016 fand das jährliche Fachgespräch des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) in der Baden-Württembergischen Landesvertretung in Berlin statt.

Unter dem o. g. Thema referierten und diskutierten Agrarexperten zu Zielen, Leitbildern, Kriterien und Instrumenten der künftigen Agrarpolitik.

Staatssekretäre und Abteilungsleiter berichteten über den Stand der Agrarstrukturpolitik in den Ländern Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen.

Für uns waren natürlich insbesondere die Ausführungen von Staatssekretär Dr. Weber interessant, wie in Sachsen-Anhalt nun mit

dem von Dr. Aeikens angeschobenen Referentenentwurf für ein Agrarstrukturgesetz weiterverhandelt wird.

Präsident Klamroth wies mit Nachdruck darauf hin, dass die Gesetzesinitiative wieder



Gegenstand der politischen Arbeit werden muss. Es verstärkt sich der Eindruck, dass die Diskussion um ein agrarpolitisches Leitbild in den Vordergrund gebracht wird. Ein gemeinsames Leitbild zu finden wird schwierig, wenn nicht sogar unmöglich sein.

Betrachtet man die Situation auf dem Grundstückmarkt, so ist es aber bereits „5 nach 12“!

## Agrarforum der Landjugend

Die Landjugend hat am 29.11.2016 zu ihrem diesjährigen Agrarforum unter dem Thema: „Kurswechsel der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt?“ in die Fachhochschule nach Haldensleben eingeladen.

Präsident Klamroth saß neben Staatssekretär Dr. Weber, Landtagsabgeordneten Daldrup, Bauernverbandspräsident Feuerborn im Podium. Gleich zu Beginn der Veranstaltung wurde uns ein Imagefilm „25 Jahre Agrargenossenschaft Hedersleben“ präsentiert. Diese

Der Bereichsleiter „Sicherheiten und Beteiligungen“ der Landwirtschaftlichen Rentenbank hat zum Ende dargelegt, dass bei der Rentenbank in 2015 im Vergleich zum Vorjahr ein 6-facher Tilgungsrückgang zu verzeichnen ist und die Investitionen um 23 % und Stallbauten um 33 % abgenommen haben. Das zur wirtschaftlichen Situation der Betriebe!

Verherrlichung eines LPG-Nachfolgebetriebes war natürlich die perfekte Vorlage für Präsident Klamroth, der den Film entsprechend kommentiert hat. Es ist nur bedauerlich, dass der Nachwuchs mit solchen Werbekampagnen völlig irritiert wird. Am Applaus war zu erkennen, dass von der anwesenden Landjugend ca. 50 % der Bauernschaft entstammten und der andere Teil wohl in einer Agrargenossenschaft seine Lehre absolviert hat.



## Stellungnahme des Deutschen Bauernbundes zur Tagung „25 Jahre Agrargenossenschaften“ am 02.11.2016 in Halle

### Die Umwandlung der ehemaligen LPG´n in Agrargenossenschaften war alles andere als eine Erfolgsgeschichte.

Grundlage der Umwandlung bildete das Landwirtschaftsanpassungsgesetz, das aber nach verbandsinternen und wissenschaftlichen Analysen den ehemaligen LPG-Mitgliedern bestenfalls nur zu 30 % das ihnen zustehende Recht zukommen ließ. Das Landwirtschaftsanpassungsgesetz wurde völlig unzureichend durchgesetzt. Damit verfügen seit der Wende die LPG-Nachfolgebetriebe über ein erhebliches, nicht gerecht erworbenes Kapital. Das Kapital wurde noch vermehrt durch die Übernahme der wirtschaftlichen Schulden im Jahre 2007 durch die Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 2,7 Mrd. €, bei vorübergehender Änderung des Genossenschaftsgesetzes.

Es stimmt eben nicht, dass in der Wende sich nicht viele Bauern selbständig machen wollten, sondern der Sprung in die Selbständigkeit wurde in aller Regel massiv behindert. Deshalb sah sich sogar der Gesetzgeber genötigt, mit entsprechendem Nachdruck von den LPG-Nachfolgebetrieben zu verlangen, dass die Wiedereinrichtung bäuerlicher Betriebe zu unterstützen ist.

Es hat nicht ansatzweise eine Chancengleichheit zwischen den umgewandelten LPG´n und den Wiedereinrichtern gegeben.

Der finanzielle Nachteil, dem sich die Bauern gegenüber sahen, kann bei vorsichtiger Schätzung mit 3.000 €/ha beziffert werden, ganz zu schweigen davon, dass der Informationsvorsprung über die „Bodenbücher“ (die in fast allen LPG´n vorhanden waren) den Zugriff auf die Verpächter, insbesondere die Großverpächter, chancenungleich ermöglichten. Das hatte wiederum z.B. zur Folge, dass die Agrargenossenschaften BVVG-Flächen in erheblichem Ausmaß anpachten konnten und wegen des Vorhandenseins langfristiger Pachtverträge auch noch zusätzlich bis zu ca. 100 ha stark subventioniert bei damals ca. 6.000 DM/ha kaufen konnten. Diese Flächen werden, jetzt nach Auslaufen der Bindungsfrist, z.B. in Sachsen-Anhalt mit über 30.000

€/ha angeboten. Die Rendite wird dann wieder zum Ankauf von Flächen aus Privathand zu weit günstigeren Preisen verwandt.

Es gibt z.B. Sachsen-Anhalt nach verbandsinternen Recherchen mindestens 10 Betriebe mit einem Eigentumsanteil von mindestens 1.000 ha. Das pervertiert den gesamten Umgang mit der Bodenreform.

Die Behauptung, dass Agrargenossenschaften eigentlich Mehrfamilienbetriebe sind, ist irreführend. In sehr vielen LPG-Nachfolgebetrieben entspricht die Organisation der Arbeit der klassischen Landarbeiter-Geschäftsführer-Struktur.

Die Eigentümer des Betriebes, also die Genossen, haften nur mit ihrem Genossenschaftsanteil. Dem Deutschen Bauernbund ist kein Fall bekannt, bei dem Genossen ihr privates Eigentumsland auch grundbuchlich für die Sicherung der Kredite zur Verfügung gestellt haben.

In den ordentlichen bäuerlichen Familienbetrieben haftet der Bauer mit seinem gesamten Vermögen für sein Tun und Lassen.

In Vorbereitung der vorstehend erklärten Entschuldung sind sehr viele ehemalige LPG-Mitglieder aus den Agrargenossenschaften „ausgeschieden“ wurden.

Ihnen wurde oft erklärt, dass sie unter Umständen auch für die Altschulden mit ihrem Vermögensanteil haften könnten. In der Folge davon konzentriert sich das Vermögen der jetzigen Betriebe in sehr wenigen Händen. Um die Privatisierung des ehemaligen genossenschaftlichen Vermögens in das private Vermögen gesetzeskonform zu überführen, haben sich aus sehr vielen Agrargenossenschaften GmbH´s entwickelt. Die Zahl der eingetragenen Genossenschaften hat von 1996-2013 um 34% abgenommen, die GmbH´s haben dagegen um 48 % zugenommen.

Zu verzeichnen ist auch, dass aus den Agrargenossenschaften Betriebsteile in GmbH's umgewandelt werden.

Über Share-Deals wird jetzt versucht, außerlandwirtschaftliches Fremdkapital in diese Betriebe einfließen zu lassen, um einerseits Liquiditäts- und Rentabilitätsprobleme zu lösen, vermutlich aber vor allem deshalb, um den ausscheidenden Funktionären erhebliche Vermögensanteile monetär zur Verfügung zu stellen.

Neben dieser himmelschreienden Ungerechtigkeit ist vor allem die katastrophale Auswirkung auf die Agrarstruktur der neuen Länder zu kritisieren.

Ein Dorf hat in den neuen Ländern ca. 1.000 ha Gemeindefläche. Bei Betrieben mit mehreren 1.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche ergibt sich damit zwangsläufig eine hegemoniale Machtausübung der Vorstände und Geschäftsführungen, weil das Wirken dieser Betriebe über mehrere Dörfer geht.

Bauern, die in solchen Regionen wirtschaften, berichten immer wieder davon, dass direkt und indirekt Druck auf die Verpächter ausgeübt wird und sie in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung massiv benachteiligt werden. Das ganze findet oft „unterhalb der Gürtellinie“ statt.

Trotzdem: Es sind die bäuerlichen Familienbetriebe in den Rechtsformen der Einzelunternehmen und der GbR, die die meisten Gewinne erwirtschaften und damit einen wesentlich höheren finanziellen Beitrag für die Gesellschaft über die Erwirtschaftung erheblicher Steuern nachweisen, als die juristischen Personen. In den bäuerlichen Betrieben finden etwa 30 % mehr Menschen Lohn und Brot als in den juristischen Personen. Die Entwicklung der ländlichen Räume über einen wettbewerbsfähigen Mittelstand und ein vielschichtiges soziales Gemeinwesen ist nur über eine flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft zu erreichen. Die Bauern wirtschaften aus der Generationsverantwortung und dem Schöpfungsgedanken heraus und gehen damit mit den natürlichen Ressourcen auch wesentlich schonender um, als eine reine gewinnorientierte agrarindustrielle Landwirtschaft.

„Was den Generationswechsel in der Landwirtschaft angeht; wir haben nicht zu wenig Hofereben, wir haben zu wenig Höfe. Dem gesamten Problem ist jetzt nur noch über eine Degression und Kappung der Agrarbeihilfen und über ein neues Agrarstrukturentwicklungsgesetz beizukommen“, so Präsident Klamroth in seiner Stellungnahme zur Tagung „25 Jahre Agrargenossenschaften“, in Halle.

## Bauernbund begrüßt Steuervorteile für Familienbetriebe (PM v. 27.10.2016)

Der Deutsche Bauernbund begrüßt außerordentlich, dass die Bundesregierung in ihrem Hilfspaket nur Einzelunternehmen und Personengesellschaften Steuervorteile einräumen will.

Das ist seit langem eine Forderung des Deutschen Bauernbundes.

Viele Betriebe sind bisher, zumindest temporär in Liquiditätsschieflage gekommen, weil vor allem bei der Einkommenssteuer keine Gewinnglättungsmöglichkeiten eingeräumt wurden.

Das jetzige Verfahren sieht vor, dass rückwirkend ab dem Jahr 2014 die Gewinne gleichmäßig auf

3 Jahre verteilt werden können und damit jahresbedingte Schwankungen steuerlich abgefedert werden.

Analysiert man die bisherigen Steuerleistungen der juristischen Personen (Agrargenossenschaften, GmbH's etc.) im Vergleich zu den Steuerleistungen der Einzelunternehmen, so erwirtschafteten die Einzelunternehmen einen wesentlich höheren Nutzen für die Gesellschaft.

Gerade die juristischen Personen in den neuen Ländern haben seit der politischen Wende

erhebliche steuerliche Vorteile in Anspruch genommen, ganz zu schweigen von dem Entschuldungspaket in Höhe von 2,7 Mrd. € ab 2007.

Es ist blamabel und entlarvend, dass der Deutsche Bauernverband die Gleichstellung aller Rechtsformen fordert.

Es bleibt zu hoffen, dass das BMEL und das Bundesfinanzministerium diesmal nicht wieder einknicken.

„Die jetzige Maßnahme ist ein Weg in die richtige Richtung. Von einer Chancen- und Wettbewerbsgleichheit zwischen Einzelunternehmen und juristischen Personen kann aber nach wie vor überhaupt keine Rede sein. Das beginnt bei der Degression und Kappung von Agrarbeihilfen und hört mit dem Grundstücksverkehrsrecht noch lange nicht auf“, so der Präsident des Deutschen Bauernbundes, Kurt-Henning Klamroth.

*(Nach anfänglichem „hin und her“ soll die Gewinnglättung nun doch Teil des Hilfspaketes für die Landwirtschaft bleiben. Darauf hat sich die Große Koalition geeinigt und der Verabschiedung im Bundestag steht nichts mehr im Wege.)*

## Stellungnahme zu den Flächenmaßnahmen der ländlichen Entwicklung; hier: Integration naturbedingter Strukturelemente

zur Zwischenevaluierung der MSL-Maßnahme darf ich Ihnen folgende Anmerkungen mitteilen:

Dass die Maßnahme in Sachsen-Anhalt so schlecht angenommen wird, ist mit Sicherheit auf die schwierigen Fördervoraussetzungen zurückzuführen.

Betriebe, die in der vergangenen Förderperiode insbesondere Blühstreifen anlegten; haben aufgrund schlechter Erfahrung diesmal davon Abstand genommen.

Hier einige Gründe:

- Beim Anlegen von mehrjährigen Blühstreifen ist nach einem Jahr häufig mit einer starken Verunkrautung (Verqueckung, Verdistelung, Vertrocknung) der Fläche zu kämpfen, so dass die Gefahr besteht, dass die Fördermaßnahme nicht anerkannt wird. Außerdem ist mit einer Kritik der Bevölkerung vor Ort und des Verpächters zu rechnen.

Da es sich in der Regel um Pachtflächen handelt, haben die Betriebe natürlich auch eine gewisse Verpflichtung gegenüber ihrem Verpächter.

- Der Status Ackerland muss auch bei mehrjährigen Blühstreifen erhalten bleiben; es darf nicht plötzlich ein Biotope entstehen.

- Im Rahmen der Tauschvereinbarungen, die die Betriebe untereinander haben muss es möglich sein, die Fläche zurückzuziehen oder zu übertragen.
- Die vorgeschriebenen Saatgutmischungen sind nach wie vor zu teuer. Hier sollten Standardmischungen, wie z.B. Phacelia, Sonnenblumen etc. verwendet werden dürfen.

## 20. Landesernteball des Bauernbundes Sachsen-Anhalt am 05. November 2016 in Magdeburg

Der Bauernbund Sachsen-Anhalt e.V. hat auch in diesem Jahr wieder zu seinem traditionellen Landesernteballs nach Magdeburg eingeladen. Im ausverkauften Festsaal des Herrenkrug-Parkhotels wurde den Gästen ein unvergesslicher Abend mit Comedy, Tombo-la, Tanz und reichhaltigem Buffet geboten.

Präsident Klamroth erläuterte in seiner Begrüßung die Schwierigkeiten des Wirtschaftsjahres 2016 aufgrund von erntebedingten wirtschaftlichen Problemen einhergehend mit teilweise ruinösen Erzeugerpreisen. Dennoch gab es Grund dankbar zu sein und nach den Belastungen des alten Jahres einen schönen Ball mit zahlreichen hochrangigen Gästen aus Politik und Wirtschaft zu verbringen.

Eine besondere Ehre war, dass wir – neben zahlreichen Landtagsabgeordneten – auch Frau Gabriele Brakebusch, die in jedem Jahr zu unseren Stammgästen gehört, diesmal als neu gewählte Landtagspräsidentin begrüßen durften.

Zu den Ehrengästen des Abends gehörten außerdem der Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht und zum ersten Mal unsere neue Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, Professor Claudia Dalbert zusammen mit ihrem Staatssekretär Dr. Ralf Weber.

Ministerin Dalbert übermittelte die Grüße der Landesregierung, dankte den anwesenden Bauern für ihre geleistete Arbeit und rief zum sachlichen Umgang miteinander auf.

Im beginnenden Jahr der Reformation eröffnete Präsident Klamroth den Ball mit einem Zitat von Martin Luther: „alle Mühsal können die Deutschen ertragen, könnten Sie ebenso doch auch ertragen den Durst“.



*Kultureller Höhepunkt des Abends war das „Sachsenkind Friedlinde“ aus Dresden (alias Petra Hoffmann), die mit ihrem humorvollen Programm aus Comedy, Stand Up und Kindermund den Saal so richtig in Stimmung brachte.*

*Vielen Dank an alle, die unserem Ernteball unterstützt haben.  
Wir freuen uns auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr am 11.11.2017!*



### **Erntedankgottesdienst beim Erntefest im Elbauenpark am 18.09.2016**



*Gemeinsames Fürbittengebet mit Ministerpräsidenten Haseloff und Ministerin Dalbert während des Erntedankgottesdienstes*

*Auch in diesem Jahr erhielt Frau Ahlers für ihre eigens gebundene Erntekrone eine Auszeichnung im Rahmen des Erntekronenwettbewerbes*



*Weitere Veranstaltungen/Höhepunkte in letzter Zeit:*

<b>Titel der Veranstaltung</b>	<b>Zeit und Ort</b>	<b>Teilnehmer</b>
Gutachterausschusssitzung AFP	15.9.2016 und 30.09. in Magdeburg	H. Sanftenberg
Verbandsgespräch zu EPLR	22.11.2016 im MULE MD	Klamroth/Valverde
Gemeinsamer Begleitausschuss EFRE, ELER, ESF	8.09.2016 09.09.2016 in Wittenberg	Sanftenberg/Bruchmüller
Auftaktveranstaltung Fördermaßnahme „Europäische Innovationspartnerschaft“	09.11.2016 in MD	Bruchmüller/Valverde
AbL - Tag der Landwirtschaft	30.10.2016 in Bernburg	Dr. Schwalenberg
Expertengespräch zur landwirtschaftlichen Unternehmensberatung	27.10.2016 in Magdeburg	Bruchmüller
WiS0-Beirat	17.05.2016/Juni/August	Bruchmüller
Gespräch mit Staatssekretär Weber	11.11.2016 in MD	Klamroth/Valverde
Vorstandssitzung HV Anhalt und Süd	18./19.10.2016 in Lingenau und Weißenfels	Sanftenberg
25 Jahre Tierseuchenkasse	18.10.2016 im MULE MD	Heukamp
Bundesfachausschuss der CDU	28.11.2016	Klamroth
BLG-Fachgespräch „Neue Ziele für die Agrarstruktur?“	01.12.2016 in Berlin	Klamroth/Valverde
Agrarforum der Landjugend (Podiumsgespräch)	29.11.2016 in Haldensleben	Klamroth/Valverde

**Rainer Martinetz in den Ruhestand verabschiedet**

Auf Einladung der Norddeutschen Pflanzenzucht H. Georg Lembke KG fand am 27.10.2016 die Verabschiedung von ihrem langjährigen Mitarbeiter Rainer Martinetz statt, an der auch Vorstandsmitglied Klapper und Geschäftsführerin Valverde teilnahmen.



Herr Martinetz verbrachte einen Großteil seiner über 40-jährigen Tätigkeit auf den Feldern und in Betrieben in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und war auch bei vielen unserer Mitgliedsbetriebe ein zuverlässiger und vertrauter Anbauberater.

Frau Valverde bedankte sich bei Rainer, der unserem Verband immer sehr nahe stand und vielseitig unterstützt hat.

Wir wünschen Herrn Martinetz für seinen neuen Lebensabschnitt alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen!

## *Sachthemen – fachliche Informationen*

### **Erfassung und Auswertung der Verkehrsströme auf repräsentativen landwirtschaftlichen Wegen – Erarbeitung eines Wegeverbandsgesetzes**

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung Sachsen-Anhalt heißt es: „*Die Sicherung von Mobilität bleibt ein Kernelement bei der Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum. Dazu gehört ein multifunktionales ländliches Wegekonzept. Die Unterhaltung der geschaffenen ländlichen Wege werden wir sichern.*“

Gerade in den neuen Ländern spielt das Problem der Wegeunterhaltung eine große Rolle, weil relativ wenige Betriebe ein großes Wegenetz benutzen, um ihre Bewirtschaftungsflächen zu erreichen.

Eine verbandsinterne Analyse des Bauernbundes Sachsen-Anhalt zur Benutzungshäufigkeit und Unterhaltung des landwirtschaftlichen Wegenetzes hatte als Ergebnis, dass das landwirtschaftliche Wegenetz zu einem völlig überzogenen und ungesetzlichen Teil von Fahrzeugen benutzt wird, die überhaupt keine Befahrberechtigung für dieses Wegenetz haben. (Genauere Auswertung liegt zum Jahresende vor.)

Ebenso haben in einer Abfrage die Betriebe ihr Unverständnis ausgedrückt, dass z.B.

- über 50 % unentgeltlich die Wegeunterhaltung übernehmen
- ca. 80 % die Pflege der Ränder an den Feldwegen übernehmen
- über 50 % die Wegebegleitgräben pflegen

- 70 % die begleitenden Bäume und Sträucher pflegen

Unberechtigte außerlandwirtschaftliche Benutzungen, illegale Müllentsorgung, ungeklärte Eigentumsverhältnisse wurden ebenso benannt.

In der Vergangenheit ist durch das praktische Handeln der Beweis erbracht worden, dass die zuständigen Kommunen und andere Rechtsträger ihrer Verkehrssicherungspflicht nur in sehr überschaubarem Umfang nachkommen. Damit liegen die Unterhaltungs- und Pflegemaßnahmen ohnehin bei den bewirtschaftenden Betrieben in den einzelnen Regionen. Diese Tätigkeiten müssen auf eine gesicherte rechtliche und finanzielle Basis gestellt werden.

Deshalb wird der Verband Anfang 2017 im Agrarausschuss des Landtages Sachsen-Anhalt vortragen um zu erreichen, dass eine eigene Gebietskörperschaft in Form eines Realverbandes ermöglicht wird. Hierzu wird ein entsprechender Gesetzentwurf eingebracht. Dieser Gesetzentwurf eines Wegeverbandsgesetzes soll auch später Grundlage für andere Landesregierungen sein, da gerade in den neuen Ländern die Besonderheit besteht, angeordnete Flurbereinigungsverfahren zu berücksichtigen und den Umgang mit den bestehenden Teilnehmergeinschaften.

## Pachtzinserhöhungen sind sorgfältig zu prüfen

*An dieser Stelle möchten wir Ihnen noch einmal den gleichen, aber immer noch sehr aktuellen Artikel des Rechtsanwaltes Michel wiedergeben, den wir bereits im Rundbrief vor einem Jahr veröffentlichten. Herr RA Michel hatte ja auch auf unserem Bauerntag dazu referiert.*

*Uns ist bekannt, dass viele unserer Mitglieder wieder mit Pachtpreiserhöhungen der BVVG konfrontiert wurden. Die BVVG hat aber inzwischen eingesehen, dass die Pachtvertragsklausel unwirksam ist; sie versuchen es aber einfach; vielleicht merkt es ja keiner!*

*Lassen Sie sich also Pachterhöhungen nicht gefallen.*

Die meisten Landwirte nehmen das wiederkehrende Verlangen der BVVG nach einer Pachtzinserhöhung hin wie Frost und Trockenheit. Das muss nicht sein. Gegen Frühjahrstrockenheit kann man nichts machen, gegen das Verlangen der BVVG nach überzogenen Pachtzinsen sehr wohl.

Die BVVG hat kaum eine Chance, ihre Pachtvorstellungen in einem bestehenden Pachtvertrag gegen den Landwirt durchzusetzen. Deshalb setzt die BVVG auf die bewährte Taktik, zunächst eine exorbitante Pacht zu fordern, um sich dann gnädig auf etwas weniger zu einigen. Dabei hat die BVVG in aller Regel keinen Erhöhungsanspruch. Was sollte der Pächter wissen?

1. Die Formulklausel in den BVVG-Pachterträgen ist unwirksam, da sie den Landwirt unangemessen benachteiligt. Die vorgesehene Anpassung des Pachtzinses entsprechend der Entwicklung des allgemeinen Pachtniveaus führt zu exzessiven Pachthöhen, wenn (und das ist die Regel) die BVVG zunächst einen sehr hohen Pachtzins bei Abschluss des Pachtvertrages „verhandelt“ und diesen dann entsprechend der Entwicklung des Pachtmarktes weiter erhöht. Wer das Doppelte des üblichen Pachtzinses bei Abschluss des Pachtvertrages zahlen muss, soll nach der Vorstellung der BVVG auch das Doppelte des im Laufe

der Jahre gestiegenen Pachtniveaus zahlen. Das widerspricht der gesetzlichen Regelung des § 593 BGB.

2. Für eine Anpassung des Pachtzinses ist das regional übliche Pachtzinsniveau maßgeblich. Das ist der Durchschnitt aller Pachten, also auch der zum Teil weiterhin sehr gemäßigten Bestandspachten privater Verpächter. Die exorbitanten Ausschreibungsergebnisse der BVVG stellen die Spitzenpachten dar und haben in aller Regel nichts mit dem regionalen Pachtniveau zu tun.
3. Sollte die BVVG nach Vertragsschluss Flächen aus dem Pachtvertrag verkauft haben, kann sie nur gemeinsam mit den Käufern eine Pachtzinsanpassung verlangen. Bei einem Verkauf werden aus einem Pachtvertrag nicht zwei Pachtverträge, sondern aus einem Verpächter zwei Verpächter, die immer nur gemeinsam handeln können.

Der Pächter hat somit sehr gute Chancen, sich gegen jedes Pachtanpassungsverlangen der BVVG zu wehren und damit die Politik der Preisspirale zu durchbrechen. Prüft das Landwirtschaftsgericht das Verlangen der BVVG, wird sie nur in den seltensten Fällen Erfolg haben.

## Existenz der Bodenbücher in juristischen Personen und deren Auswirkungen auf die Situation am Bodenmarkt

*Im Rahmen der Vorbereitungen für eine Novellierung des Grundstückverkehrsgesetzes war die Ungleichbehandlung zwischen Wiedereinrichtern und juristischen Personen beim Flächenerwerb auch ein Thema. Die Vorteile, die die juristischen Personen aus dem Vorhandensein der Bodenbücher haben, dauern bis heute an. Im Folgenden unsere Zuarbeit für Staatssekretär Dr. Aeikens im BMEL.*

Bodenbücher lagen in allen Landwirtschaftsbetrieben vor und wurden auch zu DDR-Zeiten weitergeführt, d.h. zur Wende verfügten die LPG'n, aber eben auch die Direktoren der ehemaligen volkseigenen Güter über exakte Unterlagen, wem welche Flurstücke in der bewirtschafteten Region vom Ursprung her gehört haben.

Zu Zeiten der DDR wurde natürlich auch das Kataster gepflegt, d.h. selbst Erbangelegenheiten und Übertragungen oder Enteignungen (teilweise durch die Bundesrepublik zurückgegebene, wenn es sich um militärisches Interessengebiet handelte) wurden in den Grundbüchern aktualisiert. Die Vorteile, die sich daraus für die Betriebsleiter der jur. Personen ergeben haben, sind eklatant und wirken bis heute nach. Sie hatten und haben erheblichen Anteil daran, dass die wiedereinrichtenden Betriebe erheblich größere Startschwierigkeiten hatten.

### a. Treuhand/BVVG Land

Eine Anpachtung dieser Flächen war nur nach Kenntnis der Flurstücke möglich. Die seinerzeit eingesetzten Pachtempfehlungskommissionen, die das Unheil etwas mindern sollten, hatten natürlich wenig realistische Chancen, weil die Bauern gar keinen offiziellen flurstückgetreuen detaillierten Pachtantrag stellen konnten, gleichwohl haben die LPG'n und VEG'n das gekonnt. In Einzelfällen wurden zwar trotzdem dann Flächen den Bauern zugesprochen, aber wie gesagt in Einzelfällen. Das ist hauptsächlich die Ursache dafür, dass in fast jeder LPG, mehrere Pachtverträge mit der BVVG vorhanden sind. Im statistischen Durchschnitt etwa 1,5 Pachtverträge. Nur jedem 3. Haupterwerbsbetrieb in der Rechtsform der Einzelunternehmen war es überhaupt

möglich, einen Pachtvertrag mit der BVVG zu erhalten.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Pachtpreise der BVVG bis zur Änderung der Privatisierungsstrategie ein sehr deutlich niedriges Niveau hatten.

Nur wer im Besitz eines langfristigen Pachtvertrages war, konnte auch einen Antrag auf EALG-Kauf stellen. Die in Rede stehenden 8.000 BP (entspricht gut 100 ha) konnten von fast allen LPG-Nachfolgeunternehmen ausgeschöpft werden, während der Anteil bei den Einzelunternehmen deutlich geringer war bzw. überhaupt keine Möglichkeit bestanden hat, EALG Flächen zu kaufen.

Die Bindungsfrist für diese Fläche zur landwirtschaftlichen betriebsinternen Nutzung lag bei 20 Jahren. Die sind jetzt in vielen Fällen um, so dass die LPG-Nachfolgeunternehmen für diese Fläche die sie seinerzeit für unter 6.000 DM gekauft haben, mittlerweile für über 30.000 € (guter Boden) auf den Markt bringen und damit für zusätzliche Verwerfungen auf den Bodenmarkt sorgen.

Diese Verkaufswerte fließen in die LPG-Nachfolgebetriebe ein, welche dann dazu verwandt werden, dass ein zusätzlicher Kaufdruck auf günstigere Fläche aus der Privathand ausgeführt wird bzw. versucht wird über die, Share Deals diese Flächenanteile in den Portemonnaies von einigen wenigen, in der Regel alten kommunistischen Führungskräften, zu privatisieren.

### b. Privatanpachtung

Die vorstehend gemachten Erklärungen der Möglichkeiten zur Anpachtung von Flächenbestand natürlich auch im privaten Bereich. Die LPG-Nachfolgebetriebe wussten sehr wohl, wer der aktuelle Eigentümer dieser Flächen war, und hatten mit übergroßer Mehr-

heit erreicht, dass die Flächen der Privatpersonen dann auch an sie verpachtet wurden.

Die Bauern wussten oftmals gar nicht, wem die Flächen gehört haben.

Verstärkt wurde das Moment dadurch, dass viele Neubauern, die nach 1945 mit etwa 5-8 ha aufgesiedelt wurden, ohnehin keine intensive Bindung an diese Flächen gehabt haben und somit auch die Bereitschaft größer gewesen ist, diese Flächen in den Nachfolgebetrieben der sozialistischen Landwirtschaft zu lassen.

Oft nur die angestammten Bauern in den Ortschaften haben, wenn die Möglichkeit bestand, in aller Regel die Flächen an Wiedereinrichter verpachtet (die Wiedereinrichter bewirtschaften heute in den neuen Ländern, trotz dieser Benachteiligung über 50 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche).

## Informationen zur Sozialwahl im Mai 2017

von Dieter Broer, FA Agrarsoziales

Der Bundesträger SVLFG wird vermutlich im Mai 2017 eine Wahl mit Wahlhandlung in der Gruppe der Selbständigen ohne Fremde Arbeitskräfte (SOFA) durchführen.

Bei der Gruppe der Arbeitgeber wäre dies auch möglich, wenn die Freie Liste: Mann, Hirsch, Koch, Bunsen, von Woellwarth, vom Wahlausschuss zugelassen wird und keine Einigung zwischen den beiden Listen im Arbeitgeberbereich erzielt wird.

Berechtigt, Vorschlagslisten einzureichen, sind Gewerkschaften, berufsständische Vereinigungen (nur SOFA Gruppe), Vereinigungen von Arbeitgebern und Freie Listen.

Sind die vorschlagsberechtigten Organisationen seit der letzten Sozialversicherungswahl nicht mit mindestens einem Vertreter ununterbrochen in der Vertreterversammlung vertreten, benötigen sie als Voraussetzung für die Zulassung eine Unterstützerliste (1.000 Personen der jeweiligen Gruppe).

Die aktuellen Vorteile aus der Existenz dieser Bodenbücher bestehen auch darin, dass, bei den nach 26 Jahren in vielen Familien eingetretenen Erbfällen, die Ansprechpartner schneller ausfindig gemacht werden können bzw. die weit in der Republik verstreuten Erben sich zuerst einmal an die LPG- Nachfolgeorganisationen (in der Regel Agrargenossenschaften oder GmbH's) mit ihrem Verkaufswillen wenden.

Die Analysen, die im Rahmen der Genehmigungsverfahren zum jetzt bestehenden Grundstückverkehrsrecht durchgeführt werden, beweisen eklatant dieses Bild. Es ist sehr auffällig, dass viele LPG-Nachfolgebetriebe auf einmal Flächen zum Erwerb von Eigentümern aus Süd- und Norddeutschland anzeichnen, in der Regel in der Größenordnung zwischen 3 und 5 ha.

Der DBB hat keine Vorschlagsliste für die SOFA Gruppe eingereicht, da der Aufwand für eine bundesweite Unterstützerliste zu hoch ist. (Bei der Sozialwahl 2011 hatten wir das getan; ein großer personeller und finanzieller Aufwand, letztlich ohne Erfolg.)

Auch die Relation der Mitgliedsbetriebe in der SVLFG (bundesweit 1,5 Mio. Betriebe) und den neuen Bundesländern (173.000 Betriebe) grenzt einen Erfolg bei einer Wahlhandlung ein.

Falls es zur Wahlhandlung in den 2 Gruppen der Selbständigen kommen sollte, stehen derzeit 14 Vorschlagslisten zur Wahl, die sich vermutlich in Listenzusammenlegungen noch organisieren. Die daraus entstandenen Listen werden sich im Mitteilungsblatt der SVLFG darstellen und der DBB könnte in seinen Mitteilungen eine Empfehlung aussprechen!

Auf der Seite [www.SVLFG.de](http://www.SVLFG.de) Selbstverwaltung- Sozialwahl sind Mitteilungen und Grundsätzliches zur Sozialwahl eingestellt.

## Leitungsbau- und Erdbauarbeiten

(aus Betriebswirtschaftliche Nachrichten 5/2016)

Die meisten Versorgungsleitungen verlaufen unterirdisch. Bei Arbeiten im Erdreich ist daher auf mögliche Gas- oder Wasserleitungen sowie Strom- oder Fernmeldekabel zu achten.

Vor Beginn von Erdbauarbeiten, egal ob im öffentlichen oder im privaten Bereich, ist es unerlässlich, sich bei den zuständigen Versorgungsunternehmen über den Verlauf unterirdischer Leitungen zu informieren. Hierzu muss auf der Baustelle ein Leitungsplan vorhanden sein, der vom Versorgungsunternehmen angefordert werden kann. Die Angaben der Versorgungsunternehmen können jedoch unverbindlich sein, sodass es eventuell notwendig ist, den genauen Leitungsverlauf mittels Leitungs- und Kabelsuchgeräten, gegebenenfalls auch mit Suchschlitzen in Handschachtung, zu ermitteln.

Selbst wenn zwei Punkte einer Leitung ermittelt sind, bedeutet dies nicht zwingend, dass der Verlauf geradlinig zwischen diesen beiden ist. Beim Einsatz von Großgeräten in unmittelbarer Nähe von Leitungen sind diese komplett durch Handschachtung freizulegen. Stoßen Sie dabei auf Trassenwarnbänder, Abdeckungen oder Leitungen, ist die Arbeit sofort einzustellen und das zuständige Versorgungsunternehmen kurzfristig über den Fund zu informieren.

### Stromkabel getroffen – was nun?

Sollte trotz aller Vorsichtsmaßnahmen eine unterirdische „Lebensader“ verletzt werden, ist besondere Vorsicht geboten – je nachdem, was getroffen wurde. Ist ein Stromkabel beschädigt, so besteht Lebensgefahr durch elektrischen Schlag. In diesem Fall:

- Arbeiten sofort einstellen.
- Anwesende Personen auffordern, Abstand zu halten.
- Schadensstelle sofort absperren und verlassen.
- Den Energieversorger schnellstmöglich informieren. Ist dies nicht möglich, Feuerwehr oder Polizei anrufen (hier liegen die Notrufnummern der Energieversorger vor).

- Wurde das Kabel mit Handwerkzeug (Schaufel, Spitzhacke) oder Erdspießen beschädigt, diese auf keinen Fall weiterbewegen und nicht versuchen sie herauszuziehen.

Ist das Kabel durch ein Fahrzeug (Bagger) beschädigt worden, gilt zusätzlich Folgendes:

- Das Fahrzeug aus dem Gefahrenbereich bringen. Ist das Fahrzeug bereits verlassen, nicht erneut einsteigen. Sollte das Arbeitswerkzeug (Schaufel) des Fahrzeuges mit einer unter Spannung stehenden Ader des Stromkabels in Kontakt gekommen sein, besteht beim Einsteigen Lebensgefahr durch elektrischen Schlag.

### Gasleitungen

Ist eine Gasleitung beschädigt, besteht Zünd- und Explosionsgefahr durch ausströmendes Gas. Aus diesem Grund:

- Arbeiten sofort einstellen.
- Nicht rauchen, Funkenbildung vermeiden und keine elektrischen Geräte bedienen.
- Anwesende Personen auffordern, Abstand zu halten.
- Alle Verbrennungsmotoren sofort ausschalten.
- Gefahrenbereich weiträumig absperren (Windrichtung beachten) und verlassen.
- Den Energieversorger schnellstmöglich informieren. Ist dies nicht möglich, Feuerwehr oder Polizei anrufen.
- Gefahrenbereich mit Personal überwachen.

### Wasser- / Fernwärmeleitungen



Ist eine Wasser- oder Fernwärmeleitung beschädigt, besteht die Gefahr der Aus- und Unterspülung sowie der Überflutung. Bei ei-

ner beschädigten Fernwärmeleitung besteht Verbrühungsgefahr durch plötzlichen Austritt von Heißwasser oder Heißdampf. Deshalb:

- Arbeiten sofort einstellen.
- Baugruben und tief liegende Räume von Personen räumen.
- Schadensstelle und eventuelle Gefahrenbereiche absperren.
- Den Energieversorger schnellstmöglich informieren. Ist dies nicht möglich, Feuerwehr oder Polizei anrufen.
- Gefahrenbereich mit Personal überwachen.

Allgemein gilt: Auch wenn es sich nur um einen kleinen Schaden handelt, zum Beispiel eine Verletzung der Ummantelung, muss der Energieversorger informiert werden. Kleine Schäden lassen sich meist schnell und ohne großen Aufwand beheben. Auch ein vermeintlich kleiner Schaden kann langfristig, oft durch das Eindringen von Wasser, große Ausmaße annehmen und eine teurere Reparatur nach sich ziehen.

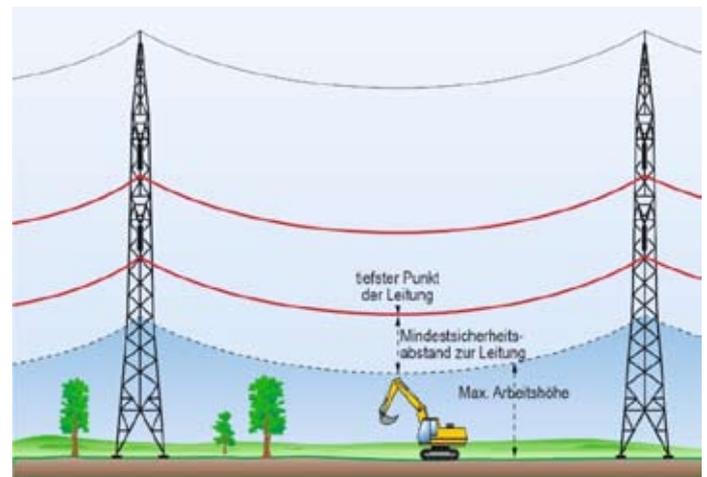
Die einzig wirksame Maßnahme, Freileitungsunfälle zu verhindern, ist, ausreichend Abstand einzuhalten. Der Schutzabstand ist abhängig von der Netzspannung. Dabei ist der Abstand nicht nur zwischen Mensch und Freileitung geboten, sondern auch zwischen (landwirtschaftlichen) Maschinen und Geräten und den Freileitungen. Kann er nicht sicher eingehalten werden, darf die Freileitung nicht unterquert bzw. darf sich der Freileitung nicht weiter genähert werden bzw. muss vom Netzbetreiber freigeschaltet werden.

Nennspannung	Schutzabstand zu unter Spannung stehenden Freileitungen
bis 1 KV	1 Meter
über 1 bis 110 KV	3 Meter
über 110 bis 220 KV	4 Meter
über 220 bis 380 KV	5 Meter
Spannung unbekannt	5 Meter

Kommt es zu einer unzulässigen Annäherung oder gar zur Berührung zwischen Maschine

und Freileitung, sind folgende Regeln unbedingt zu beachten:

- Es dürfen sich keine Personen dem Fahrzeug nähern. Diese sind zu warnen.
- Der Fahrzeugführer darf das Fahrzeug nicht verlassen. Er muss versuchen, das Fahrzeug aus dem Gefahrenbereich zu fahren.
- Wenn das Fahrzeug nicht aus dem Gefahrenbereich bewegt werden kann und der Fahrer zum Beispiel wegen eines Brandes das Fahrzeug verlassen muss, darf er nicht „normal“ absteigen. Er muss mit geschlossenen Füßen vom Fahrzeug abspringen. Dabei muss er möglichst weit springen und den Kontakt mit dem Fahrzeug vermeiden. Bei der Landung muss er darauf achten, dass er nur auf den Füßen aufkommt und sich nicht gleichzeitig mit den Händen auf dem Boden abstützt. Weiter Entfernen vom Fahrzeug nur mittels Sprungschritten mit geschlossenen Füßen (Spannungstrichter).
- Die Unfallstelle ist im Umkreis von 20 Metern abzusperren.
- Die Feuerwehr ist unverzüglich zu alarmieren. Hier liegen die Notrufnummern der Energieversorger vor.



Die Erfahrungen der SVLFG belegen, dass insbesondere landwirtschaftliche Lohnunternehmen von den geschilderten Gefährdungen betroffen sind. Dies liegt vermutlich an den Arbeitsabläufen und an der Arbeitsintensität in Spitzenzeiten. Hinzu kommt, dass die Abmessungen moderner Fahrzeuge kontinuierlich steigen. Zum Beispiel kann der Auswurfkrümmer eines modernen Feldhäckslers auf

circa sechs Meter Höhe ausgefahren werden. Daher sind besonders die Verantwortlichen dieser Betriebe gefordert, die Gefahr durch Freileitungen zu berücksichtigen. Eine entsprechende Gefährdungsbeurteilung ist erforderlich. Dabei werden die Gefahren ermittelt und notwendige Maßnahmen festgelegt. Die wichtigste Maßnahme stellt mit Sicherheit die

Unterweisung der Beschäftigten dar. Die Fahrzeugführer müssen für die Gefährdungen, die sich aus der Arbeitsumgebung ergeben können, sensibilisiert werden. Fünf Sekunden für die Sicherheit: Beim Heranfahren an ein Feld oder eine Wiese den Blick schweifen lassen – das reicht, um offensichtliche Gefahren durch Freileitungen zu erkennen. SVLFG

## *Service und Termine*

### **Diskussion um Gülle und Kunstdünger Der Schwindel um Nitrat im Grundwasser**

*(Deutschlandradio Kultur – Mahlzeit vom 18.11.2016)*



Die Landwirtschaft wird vor allem für die steigende Nitratbelastung des Grundwassers verantwortlich gemacht. (dpa / picture alliance / Patrick Pleul)

**Verseuchen Gülle und Kunstdünger deutsches Grundwasser? Eine Klage der EU-Kommission legt das nahe. Lebensmittelchemiker Udo Pollmer kann darüber aber nur den Kopf schütteln.**

Folgt man den Berichten im Fernsehen, dann droht uns allen Ungemach durch die Gülle, die in den Ställen anfällt. Denn diese "verseucht" angeblich unser Trinkwasser mit Nitrat. Nitrat ist laut ZDF noch dazu "krebserregend". Zu dumm nur, dass auch im Gemüse reichlich Nitrat steckt, oft 10mal, ja manchmal 100mal so viel wie im Trinkwasser.

Demnach wären Kopfsalat, Rucola und Grünkohl eine Krebsgefahr ersten Ranges. Unter uns: Das Krebsrisiko basierte auf einer ursprünglich vernünftigen Theorie um das Jahr 1980, aber die hat sich mittlerweile als gegenstandslos erwiesen. Deshalb können Sie Ihr Gemüse trotz Nitrat mit Wohlbehagen vertilgen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Das Rohwasser, das die Wasserwerke fördern, ist kein kristallklares Nass, das aus Grotten sprudelt, in denen Ökozwerge über die Reinhaltung der Quellen wachen, sondern oft eine trübe, schwermetallhaltige, stinkende Rostbrühe. Bei der Aufbereitung wird der nach Stinkbomben riechende Schwefelwasserstoff entfernt, dann Mangan und Eisen. Wasser kann prinzipiell all das enthalten, was auch die Bergleute aus der Tiefe fördern, wie Erze, Schwefel oder Cadmium.

#### **Wein und Gemüse gedeihen auf nitrat-durchlässigen Böden**

Zurück zum Nitrat: Spitzenreiter sind nicht etwa Regionen mit viel Tierhaltung, wie gern unterstellt wird, sondern viehlose Gebiete in Rheinland-Pfalz – und das schon seit Jahrzehnten. Für die Belastung des Wassers sind dort der Gemüse- und der Weinbau verantwortlich, sie benötigen reichlich Stickstoff und gedeihen auf Böden, die ziemlich nitrat-durchlässig sind. Auch wenn der Wein praktisch frei von Nitrat ist, so kann das Grundwasser deutlich belastet sein. Wäre es da nicht angebrachter, als Verursacher statt dem üblichen Güllefass doch lieber ein Weinfass zu zeigen?

Die Gülle wird nämlich von Spezialfirmen aus viehreichen Gebieten – also solchen, in denen die Böden nicht für Brotgetreide oder Gemüse taugen – in jene Regionen gefahren, die keine Tiere mehr halten und Dünger brauchen. Sie halten keine Tiere, weil ihre Äcker zu schade dafür sind. Der Landwirt produziert wo immer möglich Nahrung für den Menschen, denn die wird gut bezahlt. Futtermittel baut er nur an, wenn es nicht anders geht. Futtermittel müssen billig sein, wenn Fleisch billig sein soll.

Doch auch ohne Gemüse- und Weinbau können die Nitratgehalte im Wasser beachtlich sein. Beispielsweise in Naturschutzgebieten. Das liegt an der Bodenstruktur und am Bodenleben. Im Erdreich leben Mikroben, die Nitrat abbauen, so dass das Wasser, das aus der Tiefe gefördert wird, in der Regel unbelastet ist. Deshalb gibt es viehreiche Gebiete ohne jedes Nitratproblem. Allerdings gibt es auch Böden wie Sandböden, die so gut durchlüftet sind, dass dort die nitratfressenden Bakterien nicht überleben. Deshalb kann Grundwasser auch in Naturschutzgebieten von Natur aus belastet sein, denn Nitrat wird auch aus verrottender Biomasse freigesetzt.

#### **Energiepflanze Mais benötigt viel Stickstoff im Boden**

Natürlich trägt auch die Landwirtschaft zur Belastung bei. Hier sind neben dem Gemüsebau die Biogasanlagen zu nennen: Die Energie vom Acker erfordert hohe Erträge – damit ist Mais die ideale Energiepflanze. Leider erfordert der Mais eine massive Stickstoffdüngung. Da die Pflanze ideal für leichte Böden ist, die gut durchlüftet sind, wird auch dort das Nitrat nicht mehr abgebaut. So belastet die grüne Energie das Grundwasser. Trotzdem: Unser Grundwasser ist keinesfalls mit Nitrat "verseucht".

Bleibt die Frage: Warum soll sich dann Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof wegen des Nitrats im Wasser verantworten? Das haben unsere Umweltpolitiker geschickt eingefädelt: Sie haben erwirkt, dass von den vorhandenen abertausenden Messstellen nur 162 nach Brüssel gemeldet wurden, nämlich solche, die deutlich belastet sind. Die sauberen Brunnen wurden der EU verschwiegen. So kann man sich später durch drastische Auflagen für die Landwirte als Retter der Umwelt inszenieren.

Vor Jahren haben die Wasserwerke teure Anlagen installiert, mit denen sich das Nitrat zuverlässig entfernen lässt. Heute sind nahezu alle Anlagen stillgelegt. Warum wohl? Mahlzeit!

## 25 Jahre Medienanstalt Sachsen-Anhalt am 02.11.2016 in Halle

### 50 MBit für jede Wohnung, eine WhatsApp-Familiengruppe, vielfältige Rundfunklandschaften und als neue Bundespräsidentin eine Frau aus dem Osten

(Halle/Saale, 02.11.2016) – Mit rund 200 Gästen aus Medien, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft feierte die Medienanstalt Sachsen-Anhalt ihren 25. Geburtstag am historischen Gründungsort – im Halloren- und Salinemuseum in Halle – in dem sich vor 25 Jahren die erste Versammlung konstituierte.

In seiner Ansprache ging Markus Kurze, der Vorstandsvorsitzende der MSA, auf das Zusammenspiel von Medienregulierung und Medienkompetenz ein. "Die Medienwelten brauchen Regeln und Kontrolle, um Programmgrundsätze und Jugendschutz durchzusetzen, aber vor allem auch um die Vielfalt und den Wettbewerb der Meinungen zu sichern. Diese Vielfalt ist Garant und Spiegelbild einer lebendigen und funktionierenden Demokratie." sagte Kurze und betonte weiter: "Wenn immer mehr Lebenszeit Mediennutzungszeit ist, bedarf es auch mehr Anstrengungen zur Vermittlung von Medienkompetenz, um unsere Bevölkerung für diese Medienwelt fit zu machen. Die Medienanstalt ist hier bereit, sich intensiv mit einzubringen.

Ministerpräsident Dr. Reiner Haselhoff stellte sich den Fragen von Holger Tapper und zeigte sich als Medienprofi: Breitbandziel von 50 MBit für Wohnungen? Ja, aber je nach Wirtschaftlichkeit sowohl mit Glasfaser als auch mit Vektoring über Kupferleitung. Lieber Twitter als facebook, weil es schneller, aktueller und prägnanter ist. Privat gern auch WhatsApp-Familiengruppe, weil man sich anders nicht schneller und einfacher gegenseitig informieren kann. Im Unterricht ist der Umgang mit modernen Medien natürlich zu thematisieren, aber sie sollten nicht andauernd in der Schule genutzt werden, das lenkt zu stark ab. Auch gute politische Entscheidungen sind nur zu treffen, wenn das Kommunikationskonzept stimmt. Sein Favorit für die Gauck-Nachfolge: eine Frau aus dem Osten – aber noch kein Name! Das launige Interview gefiel.

Gelobt wurde die Arbeit der Medienanstalt in den Geburtstagsgrüßen der lokalen Fernsehsender, des MDR, der privaten Radiosender und der Bürgermedien.

Zum Abschluss schnitten Ministerpräsident Dr. Reiner Haselhoff und der Vorstand die Geburtstagstorte an und luden zum gemeinsamen Austausch ein.



Martin Heine (Direktor MSA), Dr. Reiner Haselhoff (Ministerpräsident Sachsen-Anhalt), Markus Kurze, MdL (Vorsitzender MSA-Vorstand), Annekatrin Valverde (MSA-Vorstand), Prof. Dr. Konrad Breitenborn (MSA-Vorstand)

### Auszeichnung von Klaus Münchhoff, Gut Derenburg als „Agrarunternehmer des Jahres“ anlässlich der Eurotier in Hannover



Die Auszeichnung "Agrarunternehmer des Jahres" geht in diesem Jahr an einen Pionier des Precision Farming.

Klaus Münchhoff erhält den Preis „Agrarunternehmer des Jahres“. Er überzeugte die unabhängige Jury mit seiner unternehmerischen Leistung, seinem Pioniergeist, seinem Mut und seiner Weitsicht sowie seinem ausgeprägten Gespür für Zukunftsfelder in der Landwirtschaft und speziell im Ackerbau.

Er ist einer der Pioniere in der praktischen Anwendung des Precision Farming. Die Optimierung der Betriebsabläufe auf Gut Derenburg und das Ausloten neuer technischer Möglichkeiten im Pflanzenbau treiben ihn an. So manchen Prototypen hat er im Praxiseinsatz getestet und seine Erkenntnisse in Vorträgen, auf Feldtagen und auch als Buchautor vermittelt. Nachhaltiges Wirtschaften mit modernen Methoden ist dem vielseitig engagierten Landwirt ein zentrales Anliegen. Er setzt sich darüber hinaus in der Öffentlichkeitsarbeit im Forum Moderne Landwirtschaft (FML) sowie in der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) ein.

Mit der Auszeichnung würdigt die Agrarzeitung (az) jährlich herausragende Persönlichkeiten der Agrarbranche für ihre außergewöhnlichen unternehmerischen Leistungen und ihr Engagement zum Nutzen für die Agrarwirtschaft.

Die Preisverleihung fand in diesem Jahr in Hannover im Vorfeld der Messe Eurotier statt.

### Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande für Prof. Dr. Wolfgang Merbach in Magdeburg



Prof. Dr. Merbach erhielt am 16.11.2016 von Ministerpräsident Haseloff das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland.

Der Dipl.-Landwirt und ehemalige Institutsleiter war Teilnehmer am Zentralen Runden Tisch der DDR und hat sich große Verdienste um die Umgestaltung der Landwirtschaftswissenschaften nach der politischen Wende gemacht. Sein wissenschaftliches Werk liegt im Bereich der Pflanzenernährung. Hier gilt er als internationale Kapazität. Außerdem hat Merbach über viele Jahrzehnte verantwortlich in der Christlich Demokratischen Union mitgearbeitet. Er ist als renommierter Wissenschaftler hervorgetreten und hat damit dem Ruf Sachsen-Anhalts als Land der Forschung große Dienste geleistet.

Der Bauernbund arbeitet seit vielen Jahren mit Prof. Merbach eng zusammen, sei es bei verschiedenen Projekten oder in unserem gemeinsamen Kampf für die Erhaltung der Landwirtschaftlichen Fakultät in Halle.

Im folgenden Kapitel haben wir einen Artikel von Prof. Merbach zum Klimawandel „Ist der Mensch tatsächlich verantwortlich?“ veröffentlicht.





KLIMAWANDEL:

# Ist der Mensch tatsächlich verantwortlich?

Das Klima auf unserem Planeten wandelt sich, es wird tendenziell wärmer. Nur: Klimawandel ist die Normalität auf diesem Planeten. Die Gretchenfrage lautet allerdings: Inwieweit ist der Mensch daran beteiligt? Professor Wolfgang Merbach sieht die derzeit diskutierten Klimamodelle mit kritischer Distanz.

In der Öffentlichkeit wird die heutige Klimaerwärmung – auf der Basis des vom Weltklimarat (Intergovernmental Panel of Climate Change = IPCC) vertretenen AGW-Modells (Anthropogen Global Warming Model) – fast ausschließlich den anthropogenen („menschengemachten“) Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Emissionen angelastet, die durch die Verbrennung von Kohle,

Öl und Gas sowie Industrie und Verkehr entstehen. Das AGW-Modell wird von den meisten Menschen inzwischen als Tatsache angesehen. Nach mehrheitlicher Meinung von Klimaforschern und Politikern muss man zur raschen CO<sub>2</sub>-Emissionssenkung (Dekarbonisierung) kommen, um eine Klimakatastrophe mit unübersehbaren Folgen für die Menschheit und die Ökosysteme (Überflutungen, Wetterextreme, Wüstenausbreitung, Ernteausfälle, Artensterben, Klimaflüchtlinge usw.) zu verhindern. Am wichtigsten sei die Umstellung von fossilen auf erneuerbare und CO<sub>2</sub>-neutrale Energieträger (Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft, Bioenergie). Die CO<sub>2</sub>-freie Kernenergie gilt in Deutschland als ethisch nicht vertretbar! Nun will die Weltgemeinschaft mehrere 100 Mrd. Dollar jährlich für den „Klimaschutz“ (richtiger wohl die Milderung des Klimawandels; das Klima als statistischen Mittelwert des Wetters von 30 Jahren kann man nicht „schützen!“) ausgeben. Es wäre fatal, wenn das AGW-Modell nicht zuträfe, wie namhafte Klimawissenschaftler meinen.

Das AGW-Modell muss (wie alle wissenschaftlichen Hypothesen) auf Richtigkeit geprüft werden. Die Grundfrage lautet: „Ist das CO<sub>2</sub>, das der Mensch der Atmosphäre zusätzlich zuführt, tatsächlich für den heutigen Klimawandel verantwortlich?“ Erst wenn das wissenschaftlich beweisbar bejaht werden kann, würde die AGW-Hypothese das Gewicht erhalten, das sie derzeit beansprucht. Verläuft nun die heutige Erderwärmung wirklich stärker und schneller als vor Industrialisierungsbeginn (als fast ausschließlich natürliche Faktoren wirkten), und spielen dabei anthropogene CO<sub>2</sub>-Emissionen eine Rolle? Nur dann könnte dem Menschen die Hauptverantwortung für den gegenwärtigen Klimawandel zugeschrieben werden.

## Ist der derzeitige Klimawandel dramatisch und beispiellos?

Zweifelloso erleben wir seit ca. 100-150 Jahren eine globale Erderwärmung, die jedoch zeitlichen und regionalen Schwankungen unterliegt und durch Abkühlun-

gen unterbrochen wurde. Seit 1880 wuchs die Globaltemperatur (durchschnittliche Lufttemperatur an der Land- und Meeresoberfläche) um 0,85 °C. Gleichzeitig stiegen Ozeantemperaturen und Meeresspiegel (0,2 – 0,3 mm/Jahr) etwas an, und die Schmelzprozesse beschleunigten sich in vielen Regionen (aber die Antarktis-Vereisung nahm zu). Klimawandel ist aber kein neues Phänomen. Seit mindestens 2,3 Mrd. Jahren wechselt das Klima zwischen Kalt- und Warmzeiten. Diese Veränderungen waren meist gravierender (oft zehn Mal stärker) und schneller als heute. Nach dem Ende der letzten Eiszeit vor ca. 11500 Jahren leben wir heute in der Warmzeit (Zwischeneiszeit) des Holozäns. Auch diese ist von wechselnden wärmeren und kälteren Perioden geprägt. Selbst in historisch überschaubarer Zeit (3200 Jahre, vgl. Abb.) gab es Klimaoptima, die z. T. wärmer waren als heute. Interessanterweise entwickelten sich in Warmzeiten die menschlichen Hochkulturen (vgl. Abb.), weil für die Lebewelt gute Bedingungen herrschten (Acker- und Weinbau im Norden, grüne Sahara). Kältezeiten waren dagegen durch Ernteeinbußen, Hungersnöte, Kälte, Epidemien und Völkerwanderungen geprägt. Auch die heutige Wärmeperiode hat offenbar positive Aspekte. Während Wetterextreme und Katastrophen lt. IPCC-Bericht 2013/14 statistisch nicht häufiger geworden sind, haben Niederschläge und Pflanzenwachstum seit 1982 in Wüstengebieten und das Baumwachstum in Europa zugenommen. Auch die Eisbärenpopulation in Kanada ist entgegen allen Pressemeldungen von 5000 (1950) auf 25000 (2008) angewachsen, obwohl jährlich ca. 600 – 800 geschossen wurden.

Fazit: Der heutige Klimawandel ist weder beispiellos noch einmalig. Es handelt sich dabei um eine normale Erscheinung unserer Holozän-Warmzeit, die nicht bedrohlich ist und auf natürliche Ursachen zurückgeht, da schon in vorindustrieller Zeit stärkere Erwärmungen als heute auftraten.

### Ist Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) die Ursache für den derzeitigen Klimawandel?

CO<sub>2</sub> gehört neben Wasserdampf (H<sub>2</sub>O), Stickoxiden, Methan und Ozon zu den Treibhausgasen, die (ähnlich wie Gewächshausglas) Teile der von der Sonne eingestrahelten bzw. von der Erde abgestrahlten Infrarot (Wärme)-Strahlung ab-

sorbieren und dadurch die Temperatur der unteren Atmosphäre erhöhen. Dieser natürliche Treibhauseffekt sorgt an der Erdoberfläche für mittlere Globaltemperaturen von ca. 14-17 °C und ist eine Voraussetzung für das irdische Leben. Am wirkungsvollsten sind H<sub>2</sub>O (>60 %) und CO<sub>2</sub> (ca. 15 %). Nach Ansicht des IPCC verursachen die menschlichen Treibhausgasemissionen einen zusätzlichen Erwärmungseffekt, wobei dem CO<sub>2</sub> ein Anteil von 60 %, dem H<sub>2</sub>O erstaunlicherweise gar keine Wirkung zugeschrieben wird. Darin sieht der IPCC die Ursache für die heutige Klimaerwärmung. CO<sub>2</sub> gilt dabei als „Klimakiller“ bzw. „Schmutzgas“. Dagegen spricht aber Folgendes:

Der derzeitige Anstieg der CO<sub>2</sub>-Konzentration von 0,03 auf 0,04 % ist undramatisch. In der Erdgeschichte lag sie meist 2-3fach, oft auch 10-20fach höher als heute. Trotzdem traten auch damals erdumfassende Eiszeiten auf. Die heutige CO<sub>2</sub>-Konzentration ist eher eine negative Abweichung in der Erdgeschichte.

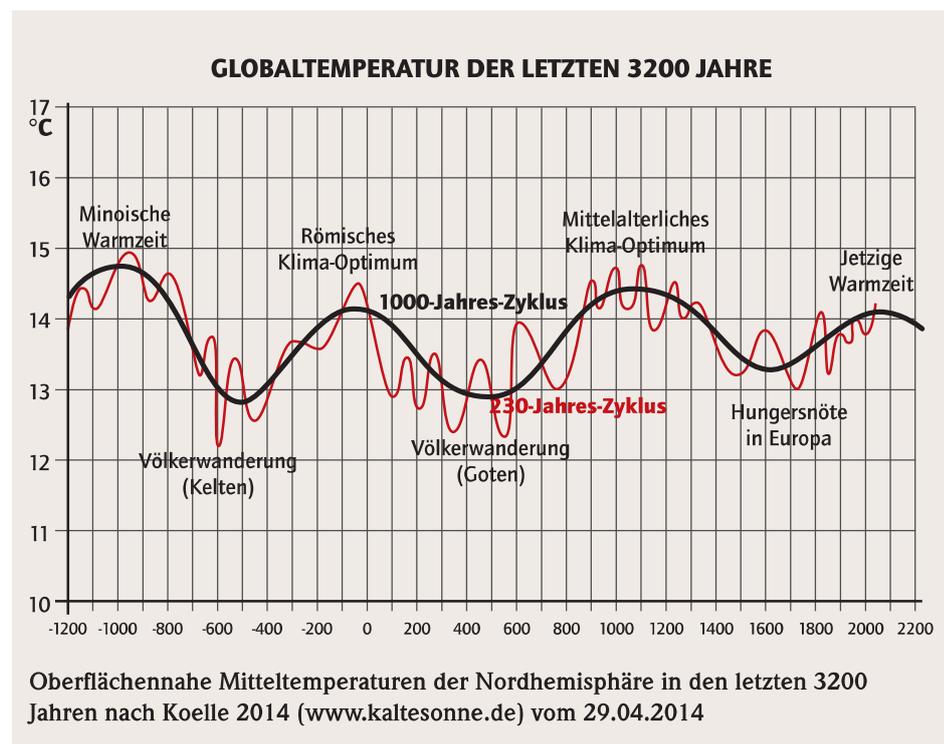
Der Umfang der anthropogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen liegt heute bei 5-6 % der CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen. Maximal verbleiben 2 % in der Atmosphäre. Der Mensch hat also nur einen geringen Anteil an der globalen Kohlenstoffbilanz.

Die Heizwirkung (Klimasensitivität) des CO<sub>2</sub> (d. h. Erwärmung bei Verdopplung der Konzentration) wurde bislang weder experimentell noch physikalisch-theoretisch ausreichend genau bestimmt. Die

Angaben schwanken zwischen 0,4 und 1,10 (vgl. Dahm et al 2015). Sie sind viel zu niedrig, um die Temperaturprognosen des IPCC (2007) von 2-4,50 zu rechtfertigen. Lediglich durch die Einführung umstrittener, nicht experimentell gestützter Rückkopplungs(Verstärkungs)faktoren von Wasserdampf und Wolken kommt der IPCC zu diesen hohen Heizwerten. Bezeichnenderweise werden Befunde über negative Rückkopplungen und die mit steigender Konzentration logarithmische Abschwächung (Sättigungseffekt) des CO<sub>2</sub>-Heizwertes außer Acht gelassen. Es gibt also keinen belastbaren Beweis für eine starke Heizwirkung des CO<sub>2</sub>.

In vielen Phasen der Erdgeschichte liefen atmosphärische CO<sub>2</sub>-Gehalte und Lufttemperaturen nicht konform. Es traten Eiszeiten bei hohen und Warmzeiten bei niedrigen CO<sub>2</sub>-Gehalten auf. In den Zeiten der Erdgeschichte, in denen eine Parallelität zwischen Temperatur und CO<sub>2</sub>-Konzentration herrschte (z. B. seit 450.000 Jahren), folgten die CO<sub>2</sub>-Konzentrationsänderungen stets mit starken Verzögerungen nach einer Temperaturänderung. Das lässt sich dadurch erklären, dass sich im warmen Wasser weniger CO<sub>2</sub> löst als in kaltem. Eine Erwärmung führt zur „Ausgasung“ des CO<sub>2</sub> aus den Ozeanen in die Atmosphäre, deren CO<sub>2</sub>-Konzentration sich dadurch erhöht.

CO<sub>2</sub> ist kein „Schmutzgas“, sondern zusammen mit H<sub>2</sub>O Grundlage des irdischen Lebens. Es liefert nicht nur den entschei-



denden Baustoff für alle Lebewesen, sondern im Zuge der CO<sub>2</sub>-Assimilation wird gleichzeitig die Sonnenenergie für die Lebensprozesse nutzbar gemacht. Die heutige atmosphärische CO<sub>2</sub>-Konzentration (0,04 %) ist nicht optimal für das Pflanzenwachstum, sondern eher ein Gehalt von 0,1 %. Nach neueren weltweiten Versuchsauswertungen könnten durch CO<sub>2</sub>-Verdopplung bis zu 35 % höhere Ernten erzielt werden. Eine höhere CO<sub>2</sub>-Konzentration könnte also die Nahrungsmittelproduktion fördern und den Hunger in der Welt mildern.

Fazit: CO<sub>2</sub> hat wegen seiner schwachen Heizwirkung und sehr niedrigen Konzentration keinen nachweisbaren Klimaeffekt. Darüber hinaus ist es zusammen mit H<sub>2</sub>O die Grundlage jeglichen Lebens auf der Erde. Auch für die heutige Erwärmung sind natürliche Ursachen anzunehmen. Der primäre Klimaantrieb kommt von der Sonne, deren Aktivität und Bestrahlungsstärke seit 1700 deutlich zugenommen hat und in der 2. Hälfte des 20. Jh. im Maximum war. Berücksichtigt man die Wassermassen der Ozeane als mobile Wärmespeicher und Kopplungselemente zum Klima der unteren Atmosphäre, lassen sich bestehende Unterschiede zwischen Solaraktivität und Globaltemperatur erklären (vgl. Dahm et al 2015).

### Kann das AGW-Modell das zukünftige Klima zutreffend voraussagen?

Nach den obigen Darlegungen ist diese Frage zu verneinen. Beispielsweise konnte dieses Modell den Temperaturabfall von 1945 – 1975, die sog. „Erwärmungspause“ ab ca. 2000 und die starke Meeresspiegelabsenkung des Kaspischen Meeres, nicht abbilden/prognostizieren, die trotz stark zunehmender atmosphärischer CO<sub>2</sub>-Gehalte auftraten. Das ist nicht verwunderlich, denn dieses Modell beruht vielfach auf unzutreffenden Voraussetzungen. Es fußt nicht auf plausiblen Ableitungen

aus naturwissenschaftlichen Gesetzen. Manche Ausgangsdaten sind eher willkürlich ausgewählt worden. Beispielsweise bleiben Temperaturdaten vor 1830 oder CO<sub>2</sub>-Analysen vor 1960 unberücksichtigt. Oft wurden fehlerhafte Daten und krasse Verfahrensfehler geduldet. Als Beispiel kann die sog. Hockeyschlägerkurve gelten, die die mittelalterliche Wärmephase und die kleine Eiszeit einfach „wegrechnete“ und später korrigiert werden musste. Ferner können die vorwiegend linearen, monokausalen Modelle der AGW-Hypothese die nichtlinearen, chaotischen, offenen, miteinander gekoppelten Klimasysteme nicht annähernd richtig beschreiben. Deshalb wurden vom IPCC zusätzliche, frei wählbare Korrekturgrößen eingeführt, um die Modelle der Wirklichkeit anzupassen. Mit linearen Modellen kann man zwar Grunderkenntnisse des Klimas studieren und mögliche Klimaentwicklungen simulieren. Eine reale Vorhersage des Klimas zu einem bestimmten Zeitpunkt ist jedoch nicht möglich, wie der IPCC 2001 selbst einräumte (Zitat): „Bei der Modellierung des Klimas sollten wir erkennen, dass wir es mit gekoppelten, nicht linearen chaotischen Systemen zu tun haben und dass daher langfristige Voraussagen über das künftige Klima nicht möglich sind.“

Fazit: Das AGW-Modell vom anthropogenen Klimawandel entspricht nicht der Realität und ist als Handlungsgrundlage für politische Entscheidungen ungeeignet. Zumindest ist eine grundsätzliche Überprüfung überfällig.

### Schlussfolgerungen

Der derzeitige Klimawandel fußt auf natürlichen Ursachen, lässt sich durch den Menschen nicht verhindern und hat mit CO<sub>2</sub> wenig zu tun. Da er relativ schwach ausgeprägt ist, stellt er keine Gefahr, wohl aber eine (lösbare) Herausforderung dar. Er ist kein planetarer Notstand, sondern eines von vielen Problemen, mit denen

sich die Menschheit im 21. Jahrhundert befassen muss. Daraus folgt:

Eine Verringerung der atmosphärischen CO<sub>2</sub>-Konzentration ist nicht nur überflüssig, sondern auch sehr teuer und negativ für das Pflanzenwachstum. Sie sollte unterlassen werden.

Die überstürzte Milliardenförderung diskontinuierlich anfallender erneuerbarer Energiequellen (Wind, Fotovoltaik) insbesondere in Deutschland sollte überdacht werden, da sie weder ökonomisch nachhaltig ist noch weltweit schnelle Lösungen bringt, wie folgendes Zitat von J. Hanson (Klimaberater von Al Gore) verdeutlicht: „Wer glaubt, dass wir uns in den USA, in China, Indien oder auf der ganzen Welt dank erneuerbarer Energien kurzfristig von fossilen Brennstoffen verabschieden können, der glaubt auch an den Osterhasen und die Waldfee.“

Dennoch ist die Ablösung fossiler durch alternative Energiequellen prinzipiell nötig, weil fossile Rohstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas) langfristig für Gebrauchsgüter und chemische Synthesen unentbehrlich sind. Das hat aber mit dem Klima nichts zu tun. Statt ausufernder Subventionierung nicht ausgereifter Technologien sollte die Erforschung/Entwicklung neuer Energiesysteme (z. B. Stromspeicherung, Wasserstofffusion, Wasserstoffelektrolyse) finanziell gefördert werden.

Notwendig ist die Anpassung an die Folgen des Klimawandels (z.B. durch Hochwasserschutz, Wasserspeicher, Pflanzenzüchtung), wie selbst die Präambel des Pariser Klimaabkommens (2015) ansatzweise einräumt. Dafür ist die erfolgreiche ökonomische und soziale Entwicklung vor allem der Entwicklungs- und Schwellenländer eine Grundvoraussetzung. Angesichts der stark wachsenden Weltbevölkerung ergeben sich daraus die wirklich relevanten Handlungsfelder: Sicherung erschwingbarer Nahrungs-, Strom- und Brennstoffversorgung, Zugang zu sauberem Trinkwasser, Seuchenbekämpfung, Gesundheitsbetreuung und Bildung. Statt das Geld für die „Dekarbonisierung“ zu verschwenden, sollte es für die Entwicklungshilfe (Hilfe zur Selbsthilfe) ausgegeben werden. Dadurch ließen sich die ökonomischen Grundlagen schaffen, die vor der Menschheit stehenden Probleme, von denen die Klimawandel-Anpassung nur eines ist, in abgewogener Weise zu lösen. ■

Anmerkung: Quellenangaben sind bei der Redaktion hinterlegt und können bei Bedarf abgefragt werden.



Der Autor: **Prof. Dr. Wolfgang Merbach**, Jahrgang 1939, ist Landesvorsitzender der Senioren-Union Sachsen-Anhalt und Mitglied im Bundesvorstand der Senioren-Union. Als Wissenschaftler war er an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie am Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit (heute Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung) in Müncheberg tätig.

BESTES LAND IN BAUERNHAND!

---



# Bestes Land in Bauernhand!

*Die Landwirtschaft erlebt derzeit einen der gewaltigsten Umbrüche der letzten Jahrzehnte. Und das nicht nur in Ostdeutschland oder Sachsen-Anhalt, sondern überall in Deutschland, ja sogar in Europa. Die unterschiedlichen Strukturen der Anbauflächen in Ost und West, die Wirtschaftskrise mit all ihren Folgen, wie den Niedrigzinsen, die die Bodenspekulation angeheizt haben, Sanktionen für den Export landwirtschaftlicher Produkte, ein dramatischer Preisverfall bei Milch und Milchprodukten, europäische Regulierungen und noch vieles andere mehr. Die Liste ließe sich noch lang fortsetzen. Und dabei ist die Landwirtschaft, gerade in Sachsen-Anhalt, einer wichtigsten Wirtschaftszweige überhaupt. Und dennoch steht sie bei weitem nicht so im Fokus der Aufmerksamkeit, wie es nötig wäre. aspekt sprach darüber mit Annekatriin Valverde, Hauptgeschäftsführerin des Bauernbund Sachsen-Anhalt e.V.*

**aspekt:** Die Insolvenz der KTG Agrar SE bestimmte in den zurückliegenden Wochen die Schlagzeilen, wenn es um Strukturen in der Landwirtschaft ging. 45 000 Hektar Anbauflächen, kaum noch zu durchschauende Strukturen, hunderte von Millionen Umsatz und auch Schulden – was hat das alles noch mit bäuerlicher Landwirtschaft zu tun?

**Annekatriin Valverde:** Nichts. Das ist ein börsennotierter Großkonzern, der für seine Anleger und Aktienkurse wirtschaftet. Der Acker wird nur unter diesem Gesichtspunkt ausgebeutet.

**aspekt:** Stichwort Acker oder Anbaufläche. Hat denn ein Bauer angesichts solcher zusammengekaufter Riesenkonzerne wie die KTG Agrar überhaupt noch eine Chance, Boden zu pachten oder zu erwerben?

**Annekatriin Valverde:** Dazu muss man sich die Gesamtsituation einmal genauer ansehen. Bei der Pacht stieg im frü-



Foto: BB

heren Bundesgebiet der Bodenanteil in den zehn Jahren von 1991 bis 2010 von knapp 43 Prozent auf etwa 53 Prozent. Die durchschnittliche Pachtfläche je Betrieb hat sich in diesem Zeitraum von 13 auf fast 29 Hektar mehr als verdoppelt.

## BESTES LAND IN BAUERNHAND!

In den neuen Ländern war eine entgegengesetzte Entwicklung zu beobachten. Hier sank der Pachtanteil von 91 Prozent im Jahr 1997 auf nunmehr 74 Prozent 2010.

**aspekt:** Und warum?

**Annekatrin Valverde:** Dies ist vor allem eine Folge der Privatisierung von umfangreichen staatlichen Treuhandflächen durch die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungs- GmbH (BVVG). Zusätzlich werden auch auf dem Privatmarkt deutlich mehr Flächen gehandelt als in Westdeutschland, darunter auch Bodenreformland.

**aspekt:** Was Auswirkungen auf die Preise hat...?

**Annekatrin Valverde:** Natürlich. In den letzten fünf Jahren sind in den neuen Ländern die Verkaufspreise um fast 53 Prozent gestiegen, die Pachten um 39 Prozent. Sehr viele der BVVG-Flächen werden mit über 800 Euro je Hektar verpachtet. Das kann kein Landwirtschaftsbetrieb unter den derzeitigen Bedingungen erwirtschaften.

**aspekt:** Die Krise der Landwirtschaft ist damit auch von dieser Seite her ein gutes Stück hausgemacht?



Foto: dpa/An Weitzas, Foto unten: dpa

**Qualitätskontrolle an einem Fendt Katana 65 Maishäcksler in einer ehemaligen Panzerwerkstatt in Hohenmölsen. Die AGCO Hohenmölsen GmbH produziert Feldhäcksler und Komponenten für Traktoren, u.a. für Finnland und Frankreich.**

**Annekatrin Valverde:** Der Deutsche Bauernbund hat schon lange auf die zu erwartenden Probleme hingewiesen und immer wieder eine Überarbeitung der Vergaberichtlinie für die BVVG-Flächen gefordert.

Das war um so dringender, als das Bundesfinanzministerium im April 2015 die Verhandlungen über eine Übernahme der BVVG-Flächen durch das Land Sachsen-Anhalt für beendet erklärt hat.



**aspekt:** Ganz erfolglos waren aber ihre Bemühungen nicht?

**Annekatriin Valverde:** Das ist richtig, aber die 2015 überarbeiteten Protokollnotizen zu den Privatisierungsgrundsätzen von 2010 sind nur ein Teilerfolg. Die Verringerung der Losgröße bei Ausschreibungen auf 15 Hektar, die beschränkte Ausschreibung für Junglandwirte und arbeitsintensive Betriebe sowie die Verlängerung des Privatisierungszeitraumes bis 2030 sind erste Schritte, um die Strukturen im Interesse der Landwirte bei der Flächenprivatisierung besser zu berücksichtigen, aber das reicht nicht.

**aspekt:** Sie sind gegen die Veröffentlichung der Kauf- und Pachtpreise durch die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungs- GmbH. Warum?

**Annekatriin Valverde:** Wenn die Pachtpreise und die Kaufpreise des BVVG-Niveaus für alle Flächen eines Betriebes gelten würden, gäbe es keine Landwirtschaft mehr. Die Behörde nutzt die unterschiedlichen Interessen der privaten Bodeneigentümer, um maximale Erlöse in die Staatskasse zu spülen. Letztlich ist diese Art des Handelns durch die BVVG ein Verstoß gegen das Treuhandgesetz.

**aspekt:** Landwirtschaftsflächen sind heute vielfach Spekulationsobjekt. Worin bestand der Fehler in der Bodenpolitik?

**Annekatriin Valverde:** Das ist eine ganze Liste voller Fehler. Nur ein Beispiel. Nach der Wiedervereinigung wurde Bodenreformland für etwa 6000 DM je Hektar begünstigt verkauft. Jetzt, nachdem die Bindungsfrist ausgelaufen ist, werden solche Flächen für bis zu 33 000 Euro je Hektar angeboten. Das bringt nicht nur den gesamten Bodenmarkt durcheinander, vor allem werden die Grundstückmarktberichtswerte künstlich nach oben manipuliert.

**aspekt:** Mit welchen Folgen?

**Annekatriin Valverde:** Jede Menge Geld drängt aus ominösen Quellen in den Bodenmarkt. Die großen Betriebe haben finanzielle Verpflichtungen, sind angesichts der prekären Erwerbslage auf ihre Flächen und auf Kapital angewiesen. Sie haben also überhaupt keine Wahl. Damit ändern sich die Mehrheitsverhältnisse, Rendite fließt in fremde Quellen, der Boden wird gewissermaßen festverzinsliches Wertpapier. Die kleinen bäuerlichen Landwirtschaften sind davon deutlich weniger betroffen. Richtig problematisch wird es, wenn

agrarinindustrielle Fonds und Aktiengesellschaften selbst am Markt operieren. Heute kaufen Finanzinvestoren mehr Agrarland als Landwirte und sind damit neue wichtigste Käufergruppe beim Flächenverkauf.

**aspekt:** Wie kann man das ändern?

**Annekatriin Valverde:** Das geht nur über eine gründliche Überarbeitung des Grundstückverkehrsgesetzes. Der Vorschlag von Landwirtschaftsminister a.D. Aeikens zum Agrarstrukturentwicklungsgesetz war der richtige Weg.

Vor allem müssen Kauf- und Pachtverträge bei Überschreiten der Höhe zu den ortsüblichen Preisen konsequent versagt werden. Bei Kauf, wenn die Überschreitung 120 Prozent, bei Verpachtung über 150 Prozent beträgt. Das neue Agrarstrukturgesetz muss unbedingt den Anstieg der Bodenpreise dämpfen und Bodenspekulationen entgegenwirken, externen Kapitalanlegern den Zugang zum Bodenmarkt erschweren, besser unterbinden, eine breite Streuung des Bodeneigentums gewährleisten, die Wertschöpfung in der Region und die Verbundenheit der Betriebe zum Dorf erhalten.



# Information über bemerkenswerte Unfälle bei der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau im Monat November 2016

(Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen)

## Schwere Arbeitsunfälle

- Zum Umtreiben einer tragenden Färse betrat ein Betriebsunternehmer den abgesperrten Stallbereich. Beim Umtreiben wurde er vom mitlaufenden Bullen angegriffen und mehrfach attackiert. (Brandenburg)  
Ursache: fehlende Separierung des Bullen  
Folgen: schwere Verletzungen Schulter und Schlüsselbein, Rippenserienfraktur
  
- Ein zur Schlachtung vorgesehener Mastbulle konnte im Fangstand nicht durch den Nackenbügel fixiert werden. Damit war nach Meinung der Anwesenden der Einsatz des Bolzenschussgerätes nicht möglich. Daraufhin gab der anwesende Metzger einen Schuss aus einer Pistole auf den Bullen ab. Während des Ausblutens beugte sich der Metzger über den am Boden liegenden Mastbullen. Dabei rutschte die Pistole aus seiner Tasche und es löste sich ein Schuss, der einen in der Nähe stehenden Versicherten traf. (Thüringen)  
Ursache: Mitführen einer geladenen, ungesicherten Waffe  
Folgen: Schussverletzung im Oberkörper, Steckschuss Halswirbelkörper
  
- Beim Befüllen der Futterraufe wurde ein Landwirt vom in der Herde mitlaufenden Bullen angegriffen. Der Angriff geschah, obwohl der Landwirt vorher den Schlepper (als „Rettungsinsel“) zwischen Futterraufe und Herde abgestellt hatte. (Mecklenburg-Vorpommern)  
Ursache: Zum Füllen der Raufe musste die Weide betreten werden  
Folgen: Rippenserienfraktur, Verletzungen der Lunge
  
- Nach dem Aufstellen einer Jagdkanzel sollten Äste, welche die Sicht behinderten, abgesägt werden. Dazu bestieg ein Jagdpächter eine Anlegeleiter und sägte mittels Motorkettensäge einen starken Ast ab. Beim Aufprall auf den Boden schnellte dieser wieder nach oben und traf den auf der Leiter stehenden Jagdpächter. (Thüringen)  
Ursache: ungenügende Beurteilung des Astes, nicht geeigneter Standplatz  
Folgen: Rippenserienfraktur, Frakturen Brustbein, Halswirbel, Lendenwirbel, Lungenriss
  
- Ein Versicherter stellte einen Plattenwagen auf dem Feld ab, um damit Rundballen abzufahren. Eine Sicherung gegen Wegrollen (Feststellbremse, Hemmschuh) erfolgte nicht. Beim Beladen bemerkte der Versicherte, dass sich der Wagen langsam in Bewegung setzte. Daraufhin versuchte er durch Vorlegen eines Hemmschuhs die Bewegung zu stoppen. Beim Auflaufen auf den Hemmschuh kippte der Wagen, die Rundballen rutschten ab und der Versicherte wurde von einem Rundballen getroffen. (Thüringen)  
Ursache: Fehlende Sicherung gegen Wegrollen, ungeeigneter „Rettungsversuch“  
Folge: Beckenringfraktur

- ➔ Beim Aufarbeiten eines liegenden Stammes im Kronenbereich wurde ein unter dem Baum liegender Ast erfasst und gegen den Unterschenkel des Motorkettensägenführers geschleudert. (Mecklenburg-Vorpommern)  
Ursache: ungenügende Beachtung der Umgebungsverhältnisse  
Folgen: Fraktur Schien- und Wadenbein
  
- ➔ Zum Reinigen einer Dachrinne stieg ein Versicherter auf eine Stehleiter mit aufgesetztem Schiebeteil. Beim Absteigen sank die Leiter einseitig in den lockeren Boden, kippte um und der Versicherte fiel von der Leiter. (Sachsen-Anhalt)  
Ursache: Leiter nicht standsicher aufgestellt  
Folgen: Fraktur Fuß, Muskelriss Schulterbereich

### **Tödlicher Unfall**

- ➔ Beim Häckseln von Mais unterschritt der Fahrer den Sicherheitsabstand zu einer 20kV-Leitung. Als im Bereich des Schneidwerks Funkenflug zu sehen war, verließ ein mitfahrender Versicherter den Häcksler, um nach dem angeblichen Schaden zu sehen. Dabei erlitt er einen tödlichen Stromschlag. (Thüringen)





---

## LEISTUNGSSPEKTRUM

Das Ingenieurbüro Ellmann/Schulze ist ein privates Unternehmen, das im Jahr 1995 gegründet wurde, dessen Gründer jedoch bereits vorher in einem anderen Büro eigenverantwortlich arbeiteten bzw. in leitender Tätigkeit eingesetzt waren. Wir verfügen über ein breit gefächertes Aufgabenspektrum, das von der Landschaftsplanung über Umweltuntersuchungen bis zur Bearbeitung hydrologischer Probleme (naturnaher Wasserbau, Grundwasser-Oberflächenwasserbeziehungen etc.) reicht. Zum Leistungsprofil gehören z.B. auch Planungen im Bereich Landschaftsgestaltung/-architektur, Gartendenkmalpflege und Objektplanungen. Dabei ist das Arbeitsgebiet nicht räumlich begrenzt.

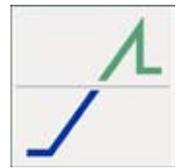
Unser Büro verfügt über diverse CAD-Stationen (AutoCAD) mit verschiedenen Applikationen (z.B. CAD DIA overlay, AutoCAD Map, arc CAD usw.), so dass das gesamte Kartenmaterial digital erstellt und bearbeitet wird. Wir sind in der Lage, sämtliche Daten digital zu erfassen, in Datenbanken zu bearbeiten und mit weiteren Informationen (GIS) zu verschneiden.

Unser Ingenieurbüro bietet folgende Leistungen an:

- \* Planung
- \* Beratung
- \* Studien
- \* Gutachten
- \* Projekte
- \* Projektüberwachung
- \* faunistische, floristische und pflanzensoziologische Erhebungen
- \* limnologische Untersuchungen und Gewässergutachten
- \* Moorgutachten
- \* Beratung von Behörden und Betrieben zu Fragen des ökologischen Landbaus (ökologische Landwirtschaft/Tierhaltung/Verhaltensforschung/Kom-postierung/Naturschutz)
- \* Vermessungsleistungen (keine Katastervermessung), Geländevermessung und Tiefenpeilung mit GPS und Echolot
- \* kartographische Bearbeitung mit AutoCAD und GIS (Arc view)
- \* Erstellung verschiedenster kartographischer Unterlagen vollständig mittels AutoCAD bzw. LANDCADD, digitale Bearbeitung von konventionellen Karten
- \* Ausführung von Farbplotarbeiten (A0 und Überlängen)
- \* Einbindung in Geographische Informationssysteme und Datenbanken (GIS)
- \* Vermittlung bohrtechnischer sowie anderer geotechnischer und umwelttechnischer Leistungen

Das Büro verfügt über modernste CAD-Stationen mit diversen Applikationen, so dass das gesamte Kartenmaterial digital erstellt und bearbeitet wird. Wir sind zudem in der Lage, sämtliche digital erfasste Daten, in Datenbanken zu bearbeiten und mit weiteren Informationen (GIS) zu verschneiden. Dies schließt eine umfassende Kompatibilität zu Arc-info und Arcview ein.

Durch unser Ingenieurbüro wurden in den letzten Jahren eine Vielzahl von Gutachten mit wasserwirtschaftlichen, landschaftsplanerischen sowie Landnutzungs- und Naturschutzaspekten erarbeitet. Dabei reicht das Spektrum von großräumigen Betrachtungen (z. B.: Freiraumgutachten "Region Prignitz - Oberhavel" für die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg) über konkret abgegrenzte flächenhafte Untersuchungen (z. B.:



Hydrologische und hydrochemische Untersuchungen im NSG "Görner See" für die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Havelland) bis zur Objekt- und Sanierungsplanung (z. B.: Rückbau des Dossewehres "Friedrichgüte" aus fischereilicher und ökologischer Sicht für den Landesanglerverband Brandenburg).

Unser Ansatz bei allen Arbeiten soll, neben der notwendigen Sicherheit und der Vorgehensweise gemäß des „Standes der Technik“, nachhaltig und ökologisch sein.

Dabei ist die reine HAECKELsche Lehre von den Wechselbeziehungen zwischen Natur und Umwelt nur eine Seite der Medaille. Wir sind uns bewusst, dass jeder Mensch anders ist, dass jeder Mensch die Probleme anders sieht und das Gewicht bei bestimmten Fragen anders setzt. Wir betrachten uns deshalb zunehmend als Mittler zwischen den Bedürfnissen der Menschen, der technisierten Umwelt und den Belangen von Natur und Landschaft. Wir wollen nicht zum Verrechner von Schutzgutqualitäten degradiert werden, sondern bemühen uns, funktionale Zusammenhänge beim ökologischen Geschehen in den Vordergrund zu stellen und diese mit den aktuellen Anforderungen bei Planungsleistungen in Einklang zu bringen.

Um eine einseitige Sichtweise bei der Bearbeitung von Aufträgen zu vermeiden, haben wir unsere Mitarbeiter so gewählt, dass Probleme fachübergreifend und vielschichtig bearbeitet werden können.

Wir sind förderndes Mitglied des BWK Sachsen-Anhalt und beide Gesellschafter sind als Beratende Ingenieure in der Brandenburgischen Ingenieurkammer registriert. Durch eine gezielte und stetige Fortbildung sowie den steten Kontakt zu diversen Hoch- und Fachschulen versuchen wir, den ständig neuen Anforderungen unseres Berufes gerecht zu werden. Dazu gehört auch, dass wir uns für die Ausbildung von jungen Menschen engagieren. Neben der zeitweisen Übernahme von Lehrtätigkeiten an Hoch- und Fachschulen werden durch uns, trotz des nicht unerheblichen Aufwandes, jährlich Diplomarbeiten auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und der Landespflge betreut. Eine unsererer Diplomandinnen erhielt im Jahr 2000 den BWK-Studienpreis des Landes Sachsen-Anhalt.

Eine besondere Freude und Überraschung im Jahr 2005 war die Vergabe des Brandenburgischen Architekturpreises an unser Büro für das Projekt „Gestaltung des Grünzuges und ökologische Aufwertung der Egelneiß“ in der Stadt Guben. In diesem Zusammenhang wurde besonders der integrative Ansatz unserer Planung hervorgehoben.

